

Redebuch

2020



Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 – 2012 –
2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019 – 2020 – 2021

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

16 years of protest. Then judges ruled against prosecuting the “lazy”.

Download full documentation of the Bremen Monday Demonstration,
containing speeches held at the market place and primarily
directed against the Hartz IV Act of 2004, which in Germany
is widely seen as social shortage. Total size is about 75 MiB.

Use “unsigned” `MODEMO.BAT` downloader script for Windows
by G. D. Brettschneider featuring Wizard’s Apprentice. All free!
Save script to desired target folder. Be warned not to run
this program – it’s `MODEMO` documentation downloader!

*Disclaimer: This program may cause
severe damage to global capitalism.*

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2020

Grundsätze

Januar: 710.

Februar: 711.

März: 712.

Mai: 713.

Juni: 714.

Juli: 715.

August: 716.

September: 717.

Oktober: 718.

November: 719.

Dezember: 720.

Kontakt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo*

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

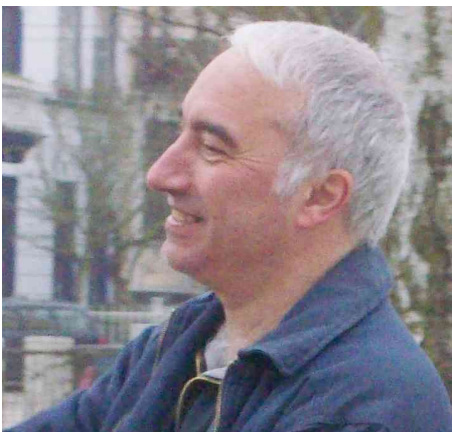
Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

710. Bremer Montagsdemo

am 06. 01. 2020

Tote Vögel fallen in Australien vom Himmel



Die Wald- und Buschbrände in Australien breiten sich immer weiter aus. Die Feuerbrunst und der Rauch sind so gewaltig, dass Tausende toter Vögel einfach vom Himmel fallen. Nach Expertenschätzungen wurden bisher bereits Hunderte Millionen Tiere getötet. Das sich ausbreitende Inferno hat bisher 24 Menschen das Leben gekostet, und viele Menschen werden vermisst. Zehntausende fliehen vor den Flammen und verlassen ihr Zuhause, dass sie sich ein Leben lang aufgebaut

haben. Traumatisiert, wütend und hoffnungslos zieht eine Welle von Flüchtenden durch das ganze Land.

Das Feuer hat mittlerweile mehr als sechs Millionen Hektar zerstört, eine Fläche größer als die Niederlande. Natürlich hat es solche Buschfeuer immer wieder gegeben, sie hatten aber niemals dieses gigantische Ausmaß. Es herrschten bisher auch noch nie Temperaturen über 50 Grad Celsius, wie es an diesem Wochenende aufgrund der Erderwärmung der Fall war. Der „2020 Climate Change Performance Index“ listet Australien unter 57 untersuchten Ländern als den Staat mit der schlechtesten Klimabilanz.

Der ultrareaktionäre australische Ministerpräsident Scott Morrison weigert sich seit Jahren, einen Zusammenhang zwischen den wachsenden Wald- und Buschbränden und der Erderwärmung anzuerkennen. In seiner Neujahrsansprache konzentriert er sich angesichts einer regionalen Umweltkatastrophe auf patriotische Plattheiten: „Wir können in Australien immer feiern, dass wir im fantastischsten Land der Welt leben, und dass wir mit unserem ‚Aussi-Geist‘ immer alle Herausforderungen meistern.“

Seit Beginn der verheerenden Feuer demonstrieren in Australien immer wieder Zehntausende gegen die Passivität der Regierung angesichts des Klimanotstands im Land. Der „Internationale Umweltkampftag“ startete 2019 auf dem Fünften Kontinent. In Melbourne stand die von Schülerinnen, Schülern und Stu-

dierenden organisierte „Fridays-for-Future“-Kundgebung ganz im Zeichen der dramatischen Situation der Waldbrände und Trockenheit in ganz Australien.

Unter dem öffentlichen Druck heuchelt Morrison jetzt, er nehme die Erderwärmung ernst. Gleichzeitig nannte er die Forderungen von Kritikern und Umweltkämpfern nach wirksamen Sofortmaßnahmen „abenteuerlich“ und betonte, er werde seine „Politik nicht auf Kosten der Wirtschaft ändern“. Australien ist weltgrößter Kohleexporteur. Kürzlich hat die Regierung die Ausbeutung des größten Kohlevorkommens der Welt genehmigt. Präsident Morrison ist für die australische Bevölkerung und für die weltweite Arbeiter- und Umweltbewegung völlig untragbar. Er muss umgehend seinen Hut nehmen!

Die Wald- und Buschbrände in Australien haben bisher mehr Wald vernichtet als die Brände am Amazonas und in Kalifornien zusammen. Regen ist nicht in Sicht und damit auch kein Ende der Brände, die sich mit über 20 Stundenkilometern durchs Land fressen und durch die aufsteigende Hitze den Wind selbst entfachen, der sie dann weiter ausbreitet. Diese regionale Umweltkatastrophe hat globale Auswirkungen durch massive Emission von Treibhausgasen und Verlust der Wälder als Kohlendioxidspeicher.

Weltweit sind die Menschen herausgefordert, die Trauer und Wut in Entschlossenheit zu wandeln, zum Kampf gegen die umweltzerstörende Profitwirtschaft, dessen Vertreter(innen) schöne Sonntagsreden zum Klimaschutz halten und in der Praxis völlig versagen. Schon macht das Wort vom „Pyrozän“ die Runde, dem „Zeitalter des Feuers“. Aber dieses Zeitalters kommt nicht einfach über uns: Durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas wird es heraufbeschworen. Konzerne und Regierungen wollen weiter daran festhalten.

Was soll das sogenannte Klimapaket in Deutschland sein außer Abzocke der Bevölkerung und Schönheitschirurgie am krebskranken Patienten? Wer die Lösung von Umweltproblemen als „Luxus“ bezeichnet wie die Bundesregierung, steht vor brennenden Fragen. Dann hilft nicht einmal mehr die Feuerwehr.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Wir werden uns auch 2020 nichts gefallen lassen

Alles Gute zum neuen Jahr! Wir werden uns auch 2020 nichts gefallen lassen und den Kampf gegen die Hartz-Gesetze weiterführen. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich seit 1985 verdreifacht: Von 42.000 auf über eine Million! 1,65 Millionen Menschen sind in Deutschland auf Lebensmittel-„Tafeln“ angewiesen! Auch dies ist eine Folge des Billiglohnssektors, den Schröders Agenda geschaffen hat. Weg mit den Hartz-Gesetzen!



Nach dem von US-Präsident Trump befohlenen Mordanschlag auf den iranischen General Soleimani hält die Welt den Atem an: Was wird der Iran tun? Trump kündigte inzwischen die Zerstörung von 52 Zielen im Iran „mit großer kultureller Bedeutung“ an. Welch ein skrupelloser Verbrecher! Ein Terrorist tötet einen anderen Terroristen. Auch wenn das Regime im Iran faschistisch ist, rechtfertigt das nicht diesen Bruch des Völkerrechts. Auch Trump ist ein Faschist! Es besteht akute Kriegsgefahr. Warum schweigt die Uno?

Im Irak fordern das Parlament und die Massen den Abzug aller fremden Truppen aus dem Irak, vor allem der 5.500 US-Soldaten. Richtig so! Abzug aller imperialistischen Truppen – überall! Auch hier in Deutschland muss die US-Airbase Ramstein endlich geschlossen werden. Von dort aus werden die Mordpläne verwirklicht. Raus aus der Nato!

Gleichzeitig geht die Bombardierung in Idlib durch die russische Armee weiter, angeblich gerichtet gegen eine Hochburg des „Islamischen Staates“. Aber das ist nicht wahr. Es geht der russisch-syrischen Offensive darum, das ganze Land unter Kontrolle zu bringen. Drei Millionen Menschen sitzen in der Falle, Hunderttausende sind auf der Flucht.

Erdogan droht, die Flüchtlinge nach Europa zu schicken. Durch seinen Einmarsch in Syrien sind dort ebenfalls 300.000 Menschen auf der Flucht. Die Bevölkerung in Nordsyrien/Rojava kämpft vor allem mit ihren kurdisch-arabischen Befreiungskräften SDF. Es gibt tägliche Demonstrationen und Gefechte.

Zusätzlich will Erdogan jetzt noch in Libyen einmarschieren, das habe ja mal zum Osmanischen Reich gehört. Es haben sich schon mehr Größenwahnsinnige Selbstherrscher übernommen: Die Krise in der Türkei schreitet voran, da nützen auch die außenpolitischen Ablenkungsmanöver nichts.

Gut angefangen hat das neue Jahr in Frankreich: Der seit Wochen anhaltende Streik gegen die „Rentenreform“, sprich: die Heraufsetzung des Rentenalters und gegen die Macron-Regierung überhaupt geht weiter. Bis jetzt gibt es nur kleinere Zugeständnisse der Regierung. Am Donnerstag dieser Woche ist nächster großer Aktionstag. Am 17. Dezember 2019 waren mehr als anderthalb Millionen Menschen auf der Straße.

Am **12. Januar 2020** findet in **Berlin** die „**Liebkecht-Luxemburg-Lenin-Demo**“, Europas größte Demonstration und Kundgebung für den Sozialismus. Die ganze Entwicklung – die Zerstörung der Umwelt für Profitinteressen, die Kriege, die faschistische Tendenz – zeigt: Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden. Das ist der Kapitalismus!

Wolfgang Lange (MLPD)

Israel muss die Rechte der Palästinenser anerkennen

Liebe Montagsdemos, die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo hat Mitte Dezember auf einer Telefonkonferenz beschlossen, dass sie sich dafür ausspricht, dass das „Internationalistische Bündnis“, in dem wir einer von 40 Trägern sind, die „BDS-Kampagne“ („Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“) unterstützt.

Worum geht es dabei? Die BDS-Bewegung, eine weltweite Bewegung, ist inspiriert vom Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid. Sie wurde 2005 durch verschiedene Kräfte der palästinensischen Zivilgesellschaft gegründet. Der Aufruf wurde von 158 palästinensischen, aber nicht nur palästinensischen Organisationen weltweit unterschrieben. Auch fortschrittliche regierungskritische Kräfte aus Israel unterstützten das Anliegen, ebenfalls Desmond Tutu und viele Künstler. In Deutschland unterstützen aktuell 32 Organisationen diese Bewegung. Auf ihrer Website gibt es weitere Informationen und den Aufruf der „BDS-Kampagne“ im Wortlaut.

Die bundesweite Montagsdemo steht seit Jahren für die internationale Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf und unterstützt die Forderungen der „BDS-Kampagne“ nach Freiheit und Menschenrechten für das palästinensische Volk und einem Ende der Besatzungspolitik. Die BDS-Bewegung fordert, dass Israel die Rechte der palästinensisch-arabischen Bevölkerung in Israel auf völlige Gleichheit mit der israelischen Bevölkerung anerkennt und dass endlich die UN-Resolution 194 respektiert, geschützt und umgesetzt wird. Alle palästinensischen Flüchtlinge sollen in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückkehren können. Weiterhin muss die Besetzung und Kolonisation alles arabischen Landes beendet und die Mauer zwischen Israel und dem Westjordanland abgerissen werden.

Aktuell richtet sich der Boykott-Aufruf gegen drei weltweite Konzerne, darunter AXA, die in fünf Banken investiert hat, die in die illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland investieren beziehungsweise Drohnen an den israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems liefern sowie gegen den deutschen Sportartikel-Hersteller Puma, der Hauptsponsor des israelischen Fußballverbandes ist.

In Deutschland wird der „BDS-Kampagne“ wider besseres Wissen von der Bundesregierung, der FDP und den Grünen vorgeworfen, sie sei antisemitisch. BDS richtet sich nicht gegen das jüdisch-israelische Volk oder gegen die Existenz Israels, sondern gegen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung Netanjahu. Das ist kein Antisemitismus, sondern berechtigter Antizionismus! Der Bundestag hat im September einen Beschluss gefasst, nachdem Kräfte, die die „BDS-Kampagne“ unterstützen, künftig keine Räume oder Gelder bekommen dürfen. Dagegen entwickelt sich zunehmend ein breiter Widerstand.

Die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo schlägt vor, dass auch wir als Montagsdemobewegung die „BDS-Kampagne“ unterstützen. Bitte berätet das möglichst schnell auf euren Montagsdemos und meldet euch zurück. Dann können wir in Verbindung mit der Bundesdelegiertenkonferenz eine Entscheidung treffen. Vielleicht könnt ihr auch Vertreter der „BDS-Kampagne“ einladen, die die Bewegung vorstellen.

*Ulrich Achenbach und Ulja Serway
(Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt
am **3. Februar 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

„Jobcenter brauchen Beispielkataloge“: Gelten Sozialgerichtsurteile
künftig als „Präzedenzfälle“, statt ignoriert zu werden? („*Legal Tribune*“)

Absurde Realität: Der Comic, dem Donald Trump entstieg ist („*Dilbert*“)

Selbstzerstörung: Briten feiern Austritt aus weltgrößtem Wirtschaftsraum,
Amerikaner die Kastration des Senats als Kontrollorgan („*The Guardian*“)

Mit Bloomberg kommt endlich ein Angreifer: „Trump lügt über alles, über
sein falsches Haar, seine Fettsucht, seine Spraybräune“ („*The Guardian*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

711. Bremer Montagsdemo

am 03. 02. 2020

Die Wirtschaft ist weltweit in eine Krise übergegangen



1. In Deutschland gibt es derzeit über 3,54 Millionen „Multi-Jobber“ – aber bestimmt nicht, weil es so viel Spaß macht, mehrere Arbeitsstellen zu beackern, um davon leben zu können! 2004 waren es mit 1,86 Millionen „nur“ ungefähr halb so viele. Auch das ist eine Folge von Hartz IV, das in jenem Jahr in Kraft trat. Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

Auch die Zahl der Arbeitslosen wächst wieder: Im Januar ist sie um 200.000 auf 2,426 Millionen gestiegen – und das ist nur die offizielle Zahl: Nicht eingerechnet sind die zwangsweise Verrenteten, in

einer „Maßnahme“ Steckenden oder jene, die noch nie einen Job hatten.

Die Wirtschaft ist weltweit in eine Krise übergegangen. Seit September 2018 sinkt in Deutschland die Produktion. Dieser Kennwert gibt die Wirtschaftslage genauer an als das „Bruttoinlandsprodukt“, das unter anderem auch Spekulationsgewinne, Prostitution und Geldwäsche umfasst, womit sich nur die Dekadenz dieses kapitalistischen Systems zeigt.

In der Auto- und Zulieferindustrie fällt das noch mit einer tiefen **Strukturkrise** zusammen: Hunderttausende Arbeitsplätze stehen zum Abschuss. Opel will weitere 4.000 Stellen streichen, Daimler 10.000, VW 30.000. Auch hier in Bremen gibt es Massenentlassungen, bei Bosch 240, bei Thyssen-Krupp 300. Insgesamt entlässt Thyssen-Krupp 6.000 Mitarbeitende.

Aber es gibt auch Leute, die einen Job bekommen. So fängt Sigmar Gabriel als Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank an. Zum Grundgehalt von 100.000 Euro im Jahr gibt es noch mal locker dasselbe an Sonderzahlungen für die Leitung von Ausschüssen.

Das ist staatsmonopolistischer Kapitalismus: Die Monopole haben sich den Staat vollständig untergeordnet. Ihre Organe und Vertreter sind miteinander verschmolzen: Mal wechselt ein Banker in die Politik, mal ein Politiker ins Topmanagement. Dazu kommt noch, dass wichtige Leute, gern auch von den Grünen, gekauft werden.

Siemens versuchte beispielsweise, eine bekannte Vertreterin von „Fridays for Future“ in Deutschland, Luise Neubauer, mit einem Aufsichtsratsmandat zu ködern. Im Gespräch ist Siemens Mitbeteiligung am Bau der größten Kohlemine Australiens. Die Frage ist: Warum nimmt sie überhaupt an so etwas teil und setzt sich mit diesen Umweltverbrechern an einen Tisch?

Neubauer lehnte den Job ab, aber nicht grundsätzlich, weil sie mit diesen Umweltverbrechern nichts zu tun haben will, sondern schlug vor, stattdessen einen Umweltwissenschaftler zu benennen, der dafür kompetenter sei als sie – und der die Umweltscheiße vielleicht noch besser parfümieren kann?

2. Vor 75 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. In ihm waren 1,1 Millionen Menschen ermordet worden. Auffällig ist bei den Gedenkfeierlichkeiten: Es werden nur die Juden als Opfer genannt. Sie waren dort auch die mit Abstand größte Gruppe. Aber verschwiegen wird, dass in den Gaskammern auch Kommunisten, Sozialisten, Sinti und Roma, russische Offiziere und Soldaten, Zeugen Jehovas und Behinderte ermordet wurden. Zum „Ausprobieren“ des Giftgases „Zyklon B“ wurden 10.000 russische Kriegsgefangene genommen.

Wenn Bundespräsident Steinmeier davon spricht, dass „das Böse“ immer noch existiert, dient das eher der Verschleierung der wahren Täter: „Das Böse“ hat nämlich einen Namen! Der **Faschismus** war und ist die brutalste Form des Kapitalismus, und die Nazis hatten als Hauptziel die „Vernichtung des Bolschewismus“. Die deutschen Monopole unterstützten Hitler mit ungeheuren Mitteln, um die Revolution zu verhindern, ihre Herrschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten und den Kampf um die Weltherrschaft zu führen.

Das gilt auch heute für die aufkeimende braune Brut: Die AfD wird aufgepäppelt, um in einer zukünftigen tiefen Krise die Herrschaftsform zur offenen Unterdrückung und Gewalt wechseln zu können.

Am vergangenen Sonntag war das alljährliche Rätegedenken auf dem Walder Friedhof. Die Revolution vor 101 Jahren und die Errichtung einer Räterepublik zeigen, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu stürzen – auch wenn das nur von kurzer Dauer war. Schließlich war auch die KPD erst wenige Tage zuvor gegründet worden, und fehlte noch vieles an Klarheit.

Ein Jahr später, im März 1920 klappte es schon besser: Die 100.000 Mann starke Rote Ruhrarmee besiegte Wolfgang Kapp und die anderen Putschisten und verhinderte die Errichtung einer faschistischen Diktatur. Ziehen wir daraus die Lehren! Dazu gibt es dieses Jahr, dem 100. Jahr, gute Gelegenheit. Am 14. März wird es dazu eine Großveranstaltung im Ruhrgebiet geben, einige kleinere auch vorher in anderen Regionen, darunter Bremen.

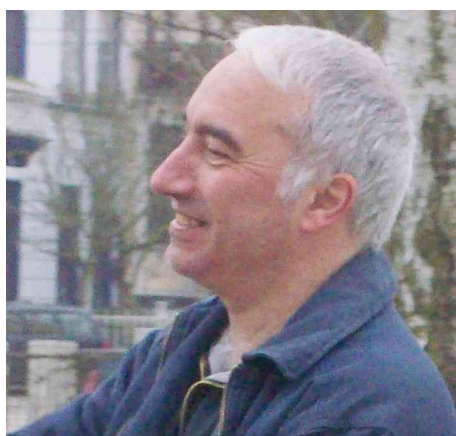
Wolfgang Lange (MLPD)

Zurück in die Bütt: Akakka vom Thüringer Mahlstrom weggespült („Postillon“)

„Rote Socken stoppen“: FDP-Kandidat Kemmerich lässt sich von Höckes AfD zum Thüringer Ministerpräsidenten wählen („Spiegel“)

Auszählung in Iowa verkorkst: US-Demokraten können am Tag nach der Vorwahl kein Wahlergebnis vorweisen („Spiegel“)

Für eine menschenwürdige Rente gemeinsam den Kampf aufnehmen!



Am 1. Januar 2020 habe ich die Altersrente erreicht. Nach über 40 Jahren Vollzeitarbeit bekomme ich netto 732 Euro im Monat. Das liegt 300 Euro unter der Armutsgefährdungsgrenze! Mit dieser Hungerrente bin ich kein Einzelfall. Die wachsende Altersarmut ist eines der brennendsten Probleme in der Bevölkerung und ein gesellschaftlicher Skandal.

2018 lag das durchschnittliche Rentenniveau in Bremen bei 1.066 Euro bei Neurentnern und 728 Euro bei Neurentnerinnen. Jede fünfte Neurentnerin bekam nur 300 Euro im Monat, zwei Drittel erhielten immer noch weniger als 900 Euro. Auch bei über 40 Prozent der Männer liegt die Neurente unter 900 Euro.

Seit 20 Jahren arbeiten die verschiedenen Bundesregierungen an der Zerschlagung des bisherigen Sozialversicherungssystems. Sie haben die Hartz-Gesetze, Niedriglöhne, Minijobs und Leiharbeit durchgesetzt, die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre angehoben und das allgemeine Lohnniveau massiv gesenkt. Die Rentenhöhe wurde von 60 Prozent des letzten Nettoverdienstes auf heute 48 Prozent gesenkt – und soll bis 2030 noch auf 43 Prozent sinken.

Eine weitere wesentliche Ursache der sinkenden Rente ist die Tatsache, dass immer weniger Menschen von ihrem verdienten Lohn leben können. Um eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen, muss man 45 Jahre lang 38,5 Stunden sozialversicherungspflichtig arbeiten und dabei mindestens 12,63 Euro pro Stunde verdienen. Der Großteil der Beschäftigten wird niemals eine ausreichende Rente erreichen!

Genauso wie der Umgang mit der Jugend ist auch der Umgang mit den älteren Menschen ein Spiegelbild des Gesellschaftssystems. Im Kapitalismus zählt der Mensch nur, wenn er tüchtig ausgebeutet werden kann. Je länger und intensiver der Kapitalist seine Arbeiter(innen) ausbeuten kann, desto besser für den Profit.

Und wenn er oder sie nicht mehr arbeiten kann, dann soll das möglichst wenig kosten. Deshalb fordert das „Institut der deutschen Wirtschaft“ im Namen der Konzerne ein Renteneintrittsalter von 73 Jahren. Viele können aber nach schwerer körperlicher oder psychischer Arbeit nicht einmal bis 65 durchhalten.

In trauter Eintracht behaupten Konzerne und Regierung über ihre Massenmedien, dass das Rentenversicherungssystem „nicht mehr bezahlbar“ sei, weil es „zu viele Rentner und zu wenige junge arbeitende Menschen“ gebe. In Wirklichkeit steigt aber die Arbeitsproduktivität viel schneller als die Zahl der Rentner. Dadurch kann jede(r) heute mehrere Rentner finanzieren. Der Anteil der Rentenausgaben am Bruttosozialprodukt sank seit 2000 von damals 10,5 auf nur noch 8,9 Prozent im Jahr 2018.

Die AfD missbraucht die Empörung über Altersarmut für ihre rassistische Hetze. Seit Kurzem gibt es in mehreren Städten sogenannte „Mahnwachen“ von „Friday gegen Altersarmut“. Die Faschisten versuchen, sich auf die Seite der Rentner mit niedrigem Einkommen zu stellen und die Leute auf diese Art und Weise in ihren faschistischen Sumpf zu ziehen und zu spalten.

Tatsächlich steht die AfD auch in der Rentenfrage nicht auf der Seite der Bevölkerung, sondern auf jener des Großkapitals! Bundesvorsitzender Meuthen will das Rentenalter weiter erhöhen und den Anteil der Kapitalisten an der Rentenversicherung komplett abschaffen. Faschist Höcke fordert, dass Rente nur noch an deutsche Staatsbürger ausbezahlt wird.

Gegen Rentenkürzungen und Altersarmut haben sich in ganz Europa Massenkämpfe entwickelt. Besonders ausgeprägt und hartnäckig streikt die französische Bevölkerung gegen die arbeiter- und rentnerfeindlichen Pläne der Macron-Regierung. Mehrere Tausend Menschen demonstrierten am Dienstag, dem 28. Januar 2020, in Brüssel für eine Mindestrente von 1.500 Euro und für ein gesetzliches Rentenalter von 65 Jahren. Ein Bürgerbegehren für diese Forderungen hatten in kurzer Zeit schon 150.000 Menschen unterschrieben.

Auch in Deutschland gibt es wachsende Kritik und Proteste, die aber noch an Stärke zunehmen müssen. Die Montagsdemos bekämpfen seit 15 Jahren die Altersarmut mit Forderungen wie: Senkung des Rentenalters bei vollem Rentenausgleich! Deutliche Anhebung des Rentenniveaus auf eine ausreichende Höhe! Einführung einer Mindestrente in Höhe von 1.200 Euro! Vollständige Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge durch die Unternehmer! Und wir werden konsequent weitermachen.

Harald Braun

Auf dem Marktplatz wurden Manfred Seitz und Jobst Roselius als Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung der Montagsdemobewegung am 16. Februar 2020 gewählt. Manfred wurde das Vertrauen ausgesprochen, erneut für die zentrale Koordinierungsgruppe zu kandidieren.

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **2. März 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Verbockt: Aus Angst vor Neuwahlen torpediert die Thüringer CDU die Möglichkeit einer Übergangsregierung unter ihrer Führung („*Spiegel*“)

Höhepunkt einer faschistischen Terrorwelle: Aber noch immer wird die unsägliche Gleichsetzung von rechts und links betrieben („*Rote Fahne News*“)

„Zitate müssen stimmen“: Nach welchen Standards sollen unsere Medien arbeiten? („*Spiegel*“)

„Gute Nachricht für den antifaschistischen Konsens“: Die CDU „korrigiert endlich ihre bisherige Ausgrenzung linker Ideen“

Linksrutsch: Rot-Grün-Rot holt in Hamburg über 70 Prozent („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

712. Bremer Montagsdemo

am 02. 03. 2020

Frauentag – Zeit für Frauen!

1. In Bremen haben die wesentlichen Traditionsveranstaltungen inzwischen tatsächlich Frauen zugelassen. Lange hat's gedauert! Müssen Vereine das Grundgesetz respektieren? Ja! Wenn der Verein die **Gemeinnützigkeit** beantragt, werden die Vereinssatzung und die Einhaltung dieser Satzung geprüft. Ein Verein, der einen Teil der Gesellschaft ausschließt, ist niemals gemeinnützig! Ausnahmen werden noch gesucht.



Im Jahr 2017 hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass ein Verein nicht gemeinnützig sein kann, wenn er ein Geschlecht und damit einen großen Teil der Allgemeinheit ausschließt (Aktenzeichen V R 52/15). „Viele Männer- und Frauen-Vereine bangen um die Existenz“, warnte damals der Newsletter eines Marketing-Dienstleisters. Gemeinnützige Vereine können Zuwendungsbescheinigungen über die erhaltenen Spenden ausstellen. Die Spenderin kann solche Zuwendungen mit dieser Bescheinigung in der Steuerklärung geltend machen. Die zu zahlende Steuer vermindert sich dadurch, wie in dem Newsletter gut beschrieben wird.

Eingegangen wird auch auf Täuschungsmanöver: Einfach nur die Vereinssatzung ändern und weitermachen wie bisher klappt nicht, weil die Satzung und die Vereinstätigkeit jeweils bei der Bearbeitung der Steuererklärung geprüft werden, also nachträglich. Wer gemauschelt hat, verwirkt rückwirkend die Gemeinnützigkeit und muss die Spender entsprechend informieren. Auch das Finanzamt schreibt entsprechende Kontrollmitteilungen.

Eventuelle Schadenersatzklagen können zur Insolvenz des Vereins führen. Die vorstehenden Zeilen gelten auch für Stiftungen. Die Förderung oder der Erhalt des Brauchtums reichen nicht als sachlicher Grund für den Ausschluss von Frauen! Wenn es gut läuft, zeigt sich insbesondere die Akzeptanz von Frauen bereits bei den Veranstaltungen des Vereins oder der Stiftung und auf Pressekonferenzen. Hier besteht nicht nur in Bremen sichtbarer Nachholbedarf!

2. Frauen, traut euch! Macht eine Charme-Offensive! Jede Frau zweifelt an sich selbst. Na klar, sich selbst kennt frau am besten. Akzeptiert es, wenn die anderen euch vorschlagen, euch wählen, dir dieses Amt, diese Tätigkeit zutrauen! Nur den Willen musst du haben und ja sagen! Die meisten Funktionsträger haben kein entsprechendes Fachwissen. Männer, ermuntert die Frauen! Mit weiblicher Beteiligung weht ein „neuer Wind“.

Betriebe, die Frauen eingebunden haben, sind meistens erfolgreicher als reine „Männerwirtschaft“. Die vakanten Stellen, insbesondere **Führungspositionen**, werden mit „Vitamin B“ vergeben. Es entsteht bei Begegnung, zum Beispiel bei gemeinsamen Veranstaltungen, insbesondere beim Schaffermahl oder bei der Eiswette. Hier hat die Jahrhunderte währende Übervorteilung negative Auswirkungen.

Der Spielfilm „Nur eine Frau“ beleuchtet einen Berliner „Ehrenmord“. Im Jahre 2005 wurde Hatun Aynur Sürücü, 23-jährige Mutter eines fünfjährigen Jungen, auf offener Straße mit drei Kopfschüssen von ihrem eigenen Bruder hingerichtet. Der Fall hatte eine Debatte über Zwangsehen und Werte in muslimischen Familien ausgelöst.

Auch die katholische Kirche war führend in der Bevorzugung von Männern und der Sicherung der männlichen Vorherrschaft. Ende September hat die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Christiane Florin in Bremen ihr Buch „Der Weiberaufstand – Warum Frauen in der katholischen Kirche mehr Macht brauchen“ vorgestellt und die Frauenweihe in der katholischen Kirche gefordert.

„Frauenrechte sind Freiheits- und Menschenrechte, die Frauen als Mitglieder der Menschheit besitzen oder beanspruchen. Im Laufe der Geschichte ist der Begriff Frauenrechte unterschiedlich eingegrenzt und gedeutet worden. Ein zentraler Aspekt war dabei die Geschlechtsvormundschaft“, resümiert „Wikipedia“ lapidar.

3. Eine Frau, sie möge hier Elsa heißen, wollte arbeiten. Mit dem Arbeitgeber hatte Elsa alles besprochen. Den Arbeitsvertrag hat der Arbeitgeber entsprechend ausgefüllt. Elsa erzählte es ihrem Mann und schwärmte von der neuen Arbeit, der Abwechslung und den neuen Aufgaben: „Du musst nur noch unterschreiben!“

Er wollte nicht: „Meine Frau muss nicht arbeiten gehen!“ Es wurde ein heftiger Streit. Ohne die Unterschrift des Ehemannes konnte Elsa ihre Arbeit nicht antreten. Elsa brauchte die Unterschrift des Ehemannes auf dem **Arbeitsvertrag**. Ihre eigene Unterschrift war nicht vorgesehen. Elsa hat ihren Mann durch Androhung von Verhaltensänderung zur Unterschrift bewegt.

Elsa ging gerne arbeiten. Ihr Mann hatte nichts mehr dagegen. Elsa konnte eventuelle Änderungen mit dem Arbeitgeber regeln. Die Unterschrift des Mannes war notwendig, aber bei Elsa nur noch Formsache, damals.

„Das Vermögen der Frau, Erbe oder Arbeitsentgelt, unterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes. Seit dem 1. Juli 1958 wurde das Vorrecht durch den Mann, die Erziehung der Kinder zu bestimmen, eingeschränkt und erst 1979 vollständig aufgelöst. Menschenrechtsverletzungen an Frauen galten als Privat-

sache. Frauenrechte waren keine Menschenrechte“, schreibt Ursula Ortmann in ihrem Blog „Frauenrechte und Grundgesetz“.

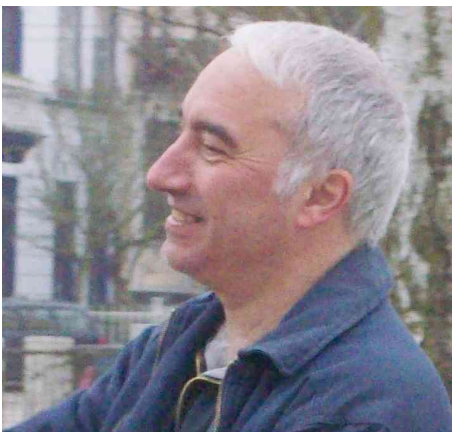
Im Streit oder auch grundlos konnte der Mann vom Arbeitgeber seiner Frau den Arbeitslohn einfordern. Der Arbeitgeber musste diese Forderung prompt erfüllen. Auch die Lohnabrechnung konnte der Mann einfordern. Eine Information oder vorherige Rückfrage bei der Arbeitnehmerin war nicht nötig oder vorgesehen.

Wer bis hierher gelesen hat, kann erahnen, wie sehr versucht wurde, Frauenteilhabe zu verhindern und noch immer zu behindern. Daher aktiv für die Frauen eintreten, bei Aufstellungsversammlungen oder Wahlen! Jeder kommt in Möglichkeiten, aktiv Frauen zu unterstützen. Die Partei „Die Linke“ berücksichtigt in den Veranstaltungen jede Wortmeldung von Frauen umgehend. „Die Linke“ weiß um den Mehrgewinn durch weibliche Beteiligung.

Ansonsten seid aktiv, auch defensiv! Kopf zeigen! Es geht um den Zusammenhalt, in jedem Alter. In der Serie „Die Anstalt“ vom 11. Februar 2020 ging es um die Wertung von Taten, Worten, Platzierungen, Wortverdrehungen sowie klare Lügen von Rechten. Helfen? Durch Kopfzeigen! Besonders haben mich die „Omas gegen Rechts“ beeindruckt. Mein Leben hat sich verändert, meine Meinung ist unverändert Nachzulesen auf diesen Seiten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Weg mit Kohle und Atom – Erneuerbar ist unser Strom!



Fukushima mahnt: Alle Atomkraftwerke weltweit sofort stilllegen auf Kosten der Betreiber! Am 11. März 2011 kam es in Fukushima (Japan) in drei Atomreaktoren zur radioaktiven Katastrophe. Die gesundheitlichen Folgen der radioaktiven Verstrahlung werden weiter verharmlost und geleugnet.

Eine Voraussetzung für die Vergabe der Olympischen Spiele 2020 an Japan war die Zusicherung des japanischen Präsidenten an die Olympische Gemeinschaft, dass die Atomkatastrophe in Fukushima unter Kontrolle sei. Die Wirklichkeit sieht anders aus! Bis heute dauert die unkontrollierte, gesundheitsgefährdende Freisetzung von Radioaktivität in die Umgebung und in das Meer an. Im Distrikt Fukushima besteht zudem die anhaltende Gefahr, dass erneut Radioaktivität durch schwere Stürme aufgewirbelt und durch Überflutungen oder Waldbrände freigesetzt wird.

Die japanische Regierung hat nach dem Super-GAU die Grenzwerte per Dekret von einem auf 20 Millisievert erhöht, um eine Rückkehr der Bewohnerinnen und Bewohner in die kontaminierten Gebiete zu erzwingen. Sie verstößt damit gegen international geltende Strahlenschutzregeln. Insbesondere Kinder, Schwangere sowie Kranke und ältere Menschen sind dadurch nachhaltig in ihrer Gesundheit bedroht.

Trotz der Katastrophe von Fukushima sind in der Bundesrepublik immer noch sechs Atomreaktoren in Betrieb. Darunter der Block 2 in Neckarwestheim, wo bei allen vier Dampferzeugern Spannungsrisse an insgesamt 400 Heizrohren festgestellt wurden. Der Weiterbetrieb ist verantwortungslos, ein schwerer Störfall kann jederzeit eintreten. Neckarwestheim und die weiteren fünf AKWs müssen sofort abgeschaltet werden!

Der beim Rückbau von Atomkraftwerken anfallende gering radioaktive Abfallmüll soll durch „Freimessen“ wie normaler Bauschutt wiederverwendet oder als Hausmüll deponiert werden. Wohin mit dem hochradioaktiven Atommüll? „Castor-Zwischenlager“ werden zu unsicheren Langzeitlagern. Die Uranfabriken in Lingen (Nordrhein-Westfalen) und Gronau (Niedersachsen) sorgen weiter dafür, dass AKWs weltweit mit Brennelementen versorgt werden. An den Karlsruher Atomforschungsanlagen wird mit Steuermillionen an der Entwicklung von neuen AKWs gearbeitet.

Das Ende des Atomstroms 2022 wird wieder massiv infrage gestellt. Im Frühsommer forderte VW-Chef Herbert Diess unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Es gibt Stimmen wie die von „Welt“-Herausgeber Stefan Aust, der die Klimakrise als „Hype“ bezeichnet, und Stimmen wie vom ehemaligen SPD-Wirtschaftsministers Clement, der den Atomausstieg um zehn weitere Jahre hinauszuzögern will. Bei „Fridays for Future“ versucht die Pro-Atom-Lobby Fuß zu fassen.

Für die „Tageszeitung“ ist seit Neuestem die Atomenergie das „kleinere Übel“ und Frankreich ein Vorbild mit Atomkraft als Hauptenergiequelle (Ausgabe vom 2. Dezember 2019). Gleichzeitig wird die Energiewende in Deutschland massiv ausgebremst. 2019 gab es 57 Milliarden Euro staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe. Für die erneuerbaren Energien stehen 90 Prozent weniger Förderung als 2015 zur Verfügung. Im ersten Halbjahr 2019 wurden in Deutschland so wenige neue Windräder gebaut wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Keine Laufzeitverlängerung! Weg mit Kohle und Atom – Erneuerbar ist unser Strom!

Kommt zum **Fukushima-Gedenken** und **Anti-Atom-Protest** am **Mittwoch**, dem **11. März 2020**, um **17:30 Uhr** auf den **Bremer Marktplatz**! Aktive der „Umweltgewerkschaft“ und von „Ausgestrahlt“ laden zur **Kundgebung** ein. Es wird ein **Offenes Mikrofon** geben für Redebeiträge von maximal drei Minuten Länge. Es wäre gut, wenn sich möglichst viele zu Wort melden. Außerdem werden wir Kaffee und Kuchen gegen Spende abgeben. Wer kommt, wer kann etwas mitbringen?

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Antikommunismus hat Rechtsentwicklung erst möglich gemacht



Der neueste Armutsbericht bringt wieder traurige Gewissheit. Vor allem die Kinderarmut in Deutschland stagniert auf sehr hohem Niveau: 1.510.440 Kinder müssen von Hartz IV leben. Neben der wieder steigenden Arbeitslosigkeit – aus Bremen werden offiziell 10,3 Prozent gemeldet – ist es vor allem der große Niedriglohnsektor, der dazu führt, dass so viele nicht von ihrem Einkommen leben können – auch nicht, wenn sie Vollzeit arbeiten. Derzeit sind 4,14 Millionen Menschen in Deutschland im sogenannten **Niedriglohnsektor** – der höchste Anteil in

Westeuropa! Auch das ist ein „Verdienst“ von Schröder und Konsorten. Und wer heute im Niedriglohn ist, steckt morgen in der absoluten Altersarmut.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom letzten November, das Sanktionen auf 30 Prozent begrenzte, war ein großer Erfolg. Wobei natürlich auch das gar nicht geht: Hartz IV ist schon so niedrig, dass man nur mit Mühe davon überleben kann. Dann noch 30 Prozent weniger, das heißt Hunger! Aber der CDU/CSU ist auch das viel zu viel. Ihre neuesten Vorschläge: Mehrere Sanktionen sollen „kumuliert“ werden können, bis es wieder 100 Prozent sind. „Nur 30 Prozent“, dann wäre das „Fördern und Fordern“ nicht mehr gegeben!

Als ob es jemals darum gegangen wäre! Mit den Hartz-Gesetzen war und ist der Zweck verbunden, Millionen Menschen zu einem Leben unter dem Existenzminimum zu verurteilen, mit diesem gigantischen Armutspotential den Druck auf die übrigen Beschäftigten hoch und die Löhne niedrig zu halten sowie den Monopolen Konkurrenzvorteile zu verschaffen. Nun hat die CDU in Hamburg noch 11,2 Prozent bekommen – macht nur weiter so! Unsere Forderungen bleiben: Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen! Bezahlung von Arbeitslosengeld für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit! Schaffung von Millionen Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!

Die Wirtschaft jammert über die Folgen der Corona-Epidemie: Innerhalb weniger Tage sackten die Kurse so sehr ab, dass ein Schaden von fünf Billionen Euro entstand. Lieferketten reißen, Produktionsstillstände nehmen zu. Das zeigt die Anfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Aber die Ursache ist nicht das Virus.

Die Hauptursache ist, dass die Weltwirtschaft in eine neue Überproduktionskrise übergegangen ist.

Die Spekulationsblasen platzen, die Untauglichkeit des kapitalistischen Systems offenbart sich. Wenn jetzt von Gesundheits- und Innenministerium eine drastische Einschränkung demokratischer Rechte bei der Versammlungsfreiheit und dem Schutz der Privatsphäre ins Spiel gebracht wird, als „Notwendigkeit im Kampf gegen die Pandemie“, sollten wir äußerst wachsam sein, ob das nicht nur ein willkommene Übung ist, uns unsere Rechte zu nehmen und offene Diktatur auszuüben. Nicht mit uns!

Nach dem Erfurter Wahleklat, wo mit Stimmen der AfD und der CDU ein FDP-ler zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, und nach dem faschistischen Anschlag in Hanau hat der antifaschistische Kampf in Deutschland starken Aufwind bekommen. Zehntausende gingen auf die Straße. Immer weniger glauben den *Stuss* der „Einzeltätertheorie“. Nein: Die faschistischen Anschläge sind das Ergebnis des Rechtsrucks der Regierung und vor allem der rassistischen, faschistischen Hetzpropaganda der AfD.

Auch die unsägliche Gleichsetzung von rechts und links ist nicht mehr zu halten. Das ist ein Zugeständnis an den fortschrittlichen Stimmungsumschwung. Weiterhin wird jedoch vertuscht, was die Wurzeln des Faschismus sind, der aggressivsten Form des Kapitalismus. Weiterhin wird Antikommunismus verbreitet, teils mit Argumenten, die von faschistischen Naziführern im Kampf gegen die Arbeiterbewegung entwickelt wurden. Ihr Hauptzweck war die Verhinderung des Sozialismus in Deutschland. Dazu erfanden sie „Gräueltaten der Bolschewisten“, um die Massen zu täuschen.

Der Antikommunismus hat die heutige Rechtsentwicklung erst möglich gemacht und befeuert sie ständig. Deswegen begrüße ich es außerordentlich, dass die MLPD die Bewegung „Gib Antikommunismus keine Chance!“ ins Leben gerufen hat. Und ich begrüße es auch sehr, dass bei der Bundesdelegiertenkonferenz der Montagsdemobewegung zusammen mit dem „4. Internationalistischen Bündniskongress“ das Bündnis erweitert wurde zum „Internationalistischen Bündnis gegen Rechtsentwicklung, Faschismus und Krieg“ als starke Einheitsfront.

Dieses Jahr ist der **100. Jahrestag** der **Märzkämpfe** und der **Roten Ruhrarmee**. 100.000 Arbeiter hatten sich im Ruhrgebiet zusammengeschlossen, einen Generalstreik und bewaffneten Kampf organisiert und so den faschistischen Kapp-Putsch niedergeworfen. Sonst wäre es bereits 1920 zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland gekommen. Zu diesem 100. Jahrestag gibt es am **14. März 2020** eine **Revue** in **Gelsenkirchen**.

Wer möchte, kann gern mitfahren. Die Revue beginnt zwar erst um 19 Uhr, wir fahren aber schon um 13 Uhr, um rechtzeitig bei der feierlichen Enthüllung der Lenin-Statue vor der „Horster Mitte“ dabei zu sein – ein Vorgang, der vor allem den CDUlern in Gelsenkirchen die Zornesröte ins Gesicht treibt. Zum selben Thema

findet an diesem Mittwoch ein Bildungsabend der MLPD im Jugendfreizeitheim Buntentor statt, zu dem ich euch herzlich einladen will. Beginn ist um 18.30 Uhr.

Die faschistische Türkei hat die Grenzen für Flüchtlinge geöffnet – aber nicht *in die* Türkei, sondern *aus der* Türkei. Zehntausende versuchen nun, über Griechenland nach Europa zu kommen. Der völkerrechtswidrige Einmarsch der Türkei in Syrien hat eine neue Flüchtlingsbewegung ausgelöst. Hunderttausende sind auf der Flucht. Zum einen werden sie von Assads Truppen mit russischer Unterstützung, zum anderen von der Türkei angegriffen.

Nachdem letzte Woche 33 türkische Soldaten starben, droht nun ein offener Krieg zwischen der Türkei, Syrien und Russland. Deutschland und die Nato haben sich auf die türkische Seite geschlagen. Im Unrecht sind beide Seiten. Alle Imperialisten: Raus aus Syrien! Öffnung der Grenze zwischen Syrien und der Türkei für Flüchtlinge und Hilfslieferungen! Der Imperialismus muss weltweit überwunden werden!

Die Kriegsgefahr ist inzwischen höher denn je. Das Nato-Manöver „Defender Europe 2020“ mit 37.000 Soldaten aus 18 Staaten trägt auch dazu bei. Einen „Gegenentwurf“ zu Imperialismus und Krieg gab es vom 19. bis zum 23. Februar 2020 in Südafrika. Dort fand die zweite „Internationale Automobilarbeiterkonferenz“ statt. Arbeiterinnen und Arbeiter aus 23 Ländern schlossen sich zum gemeinsamen Kampf zusammen, über Konzern- und Ländergrenzen hinweg: für Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und besseren Umweltschutz. Der Kapitalismus zerstört allseitig die Lebensgrundlagen und muss überwunden werden. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Wolfgang Lange (MLPD)

Thüringer Modell: CDU duldet ein Jahr lang den Verzicht
der Linkspartei auf Neuwahlen („*Junge Welt*“)

„Höcke steht in der Mitte der Partei“: Aber Höckes Flügel
gilt nun amtlich als rechtsextrem („*Spiegel*“)

Mutti, wir werden dich vermissen: Wer sonst soll uns ermahnen,
einander nicht ins Gesicht zu husten? („*Nachdenkseiten*“)

„Wir werden politische Arbeit nicht einstellen“: „Andererseits verpflichten wir
uns, alle Hinweise des Gesundheitssektors strikt zu befolgen“ („*Rote Fahne*“)

Ich habe noch sechs Rollen: Wann geht die Klopapier-Krise
zu Ende, Frau Merkel? („*Der Postillon*“)

Da muss erst ein Killerschnupfen kommen: Anträge auf Grundsicherung
können jetzt formlos in den Jobcenter-Briefkasten geworfen werden („*Spiegel*“)

„Alle Termine sind abgesagt“: „Es gibt keine Nachteile. Es gibt keine Rechtsfolgen und Sanktionen. Die Auszahlung der Geldleistungen ist sichergestellt“
(*Jobcenter Bremen*)

„Wie verwundbar wir sind“: „Die marxistische Idee der Solidarität wird in diesen Tagen modernisiert“ (*„Die Zeit“*)

Der Neoliberalismus hat ausgedient: Würden Sie vor einer Hilfeleistung mehr sportliche Mitwirkung von den Bewegungsfaulen und Immunschwachen einfordern, Herr Schröder? (*„Tageszeitung“*)

Keine Notstandsmaßnahmen unter Corona-Vorwand: Der Großteil der jetzigen Krisenmaßnahmen ist auf die seit Mitte 2018 eingeleitete Weltwirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen (*„Rote Fahne News“*)

Der Regelsatz reicht nicht: Warum mehr Lebensmittel spenden, wenn die „Tafeln“ schließen müssen, Frau Göring-Hofreiter? (*„Focus“*)

Es gibt keine Sanktionen mehr, die Leistung wird ausgezahlt



Heute ist der 22. März 2020. Die Erinnerung ans Warten auf Corona bleibt haften: Hatte ich es schon? Mit fortgeworfenem Müll vorm Haus habe ich vollge-rotzte Taschentücher aufgehoben. Letzten Freitag kamen abends starke Kopfschmerzen, ein Frösteln und Auswurf von rötlicher Farbe, dass ich zusammengezuckt bin. Mit einem Teelöffel Vitamin C und zwei Aspirin war alles am nächsten Tag wie weggeblasen. Ich laufe längst wieder und bin froh, wenn das erlaubt bleibt. Die Nächte sind frostig, tags ist bei strahlendem Sonnenschein kaum jemand draußen.

Die Stille auf den Straßen ist erholsam bis bedrückend, das Einkaufen macht Stress. Champignons im Glas sind auf einmal vergriffen. Wer die rote Linie überschreitet, die gestern noch nicht da war, wird angeraunzt. Mutti verhängt Stubenarrest, wenn wir nicht brav sind.

Es ist eine gemeinschaftliche Erfahrung, vergleichbar dem Mauerfall, mehr als die Sonntagsfahrverbote, mit spürbareren Folgen als Tschernobyl und Fukushima, die Kanzlerin erwähnte bereits den Zweiten Weltkrieg, im Rückblick da-

vor wäre noch die Währungsreform zu nennen. Nun schreitet Merkel zu ihrer zweiten Bankenrettung und kann die Fehler der ersten wiederholen oder ausgleichen. Auf einmal ist gegenseitige Rücksichtnahme gefragt. Existenzangst ergreift eine Mittelschicht, die eben noch Parteien wählte, die Arbeitslose amtlich piesaken ließen. Plötzlich muss vorm Leistungsbezug nicht erst das Vermögen aufgezehrt werden. Antreten und Männchenmachen auf Pfiff ist auf einmal keine unabdingbare Mitwirkungspflicht mehr. Diese ganze rituelle Demütigung ist schlicht überflüssig und lenkt bloß von der wesentlichen Amtsaufgabe ab.

Vordringlich ist Existenzsicherung. Die „Tafeln“ schließen, der Sozialstaat ist in der Pflicht. Anträge auf Sozialleistungen können jetzt einfach formlos schriftlich in den Jobcenter-Briefkasten geworfen werden: „Alle Termine sind abgesagt. Es gibt keine Nachteile. Es gibt keine Rechtsfolgen und Sanktionen. Die Auszahlung der Geldleistungen ist sichergestellt.“ Soll das im Herbst etwa wieder anders sein? Hartz IV in seiner repressiven Form könnte an Corona sterben. Stirbt mit ihrem Anfangsanliegen auch die Montagsdemo? „Fridays for Future“ kann ebenfalls nicht mehr stattfinden, aber die Flugzeuge bleiben am Boden, der Kohlendioxid-Ausstoß sinkt als Krisenprodukt. Dies ist seit 30 Jahren der deutlichste Zeitpunkt für grundlegende Systemfragen und damit der Zerstörung und Neuschaffung von Protestformen. Das Sofortprogramm der MLPD zu Corona klingt noch etwas zerfasert, die Fünf-Punkte-Erklärung gegen Notstandsmaßnahmen schon klarer. Von meiner Schwester im Pflegeheim kam gestern ein Anruf mit kräftiger Stimme.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Scharf links“

Wegen der **Corona-Pandemie** findet die
Bremer Montagsdemo vorerst nicht statt.

Der Regelbedarf muss sofort erhöht werden!

Die Corona-Pandemie hat sich zu einer weltweiten Gesundheitskrise entwickelt. Derzeit sind offiziell weltweit 123.000 mit dem Virus infizierte Menschen bekannt, 8.893 starben bisher daran. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise wird durch die Corona-Pandemie vertieft. Starke Produktionseinbrüche, die es allerdings auch schon vorher gab, und eine „schwarze Woche“ an den Börsen sind die Folgen. Millionen Arbeitsplätze sind bedroht! Bis jetzt ist unklar, woher das Virus kommt, und es bis jetzt kein Gegenmittel. Auf jeden Fall ist dies ein tiefer Einschnitt in unser aller Leben. Die Bewegungsfreiheit wird massiv eingeschränkt. Hauptbetroffene der Corona-Pandemie sind die Belegschaften, die Beschäftigten im Gesundheitsbereich wie auch die Millionen Arbeitslose und Geringbeschäftigten.

Industriearbeiter wurden und werden viel zu lange auf engstem Raum zur Aufrechterhaltung der Produktion gezwungen. Viel zu spät, aus Profitstreben, erfolgen Werksschließungen. Dort arbeiten viele Menschen auf engem Raum zusammen, trotz der Gefahr einer Ansteckung! Und hier sieht die Regierung keine Notwendigkeit für eine Einschränkung nach dem Infektionsschutzgesetz? Wir fordern die Freistellung bei vollem Lohnausgleich und ohne Zwangsurlaub! Durch Kurzarbeit werden viele Arbeiter und ihre Familien auf Hartz-IV-Niveau rutschen, müssen aufstocken. Während für die Großkonzerne Milliarden Euro für ihre Einkommensverluste infolge der Corona-Krise aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt werden, wird jetzt schon angekündigt, dass zur Finanzierung dieser Kosten hinterher „alle ran“ müssten – sprich: dass die Kosten auf die Massen abgewälzt werden. Wir fragen: warum müssen die Großkonzerne diese Gelder nicht zurückzahlen?

Den Empfängern und Empfängerinnen von Hartz IV (SGB II) oder Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung (SGB XII) entstehen für die Ernährung deutliche Mehrkosten. Viele „Tafeln“ und Suppenküchen haben bereits geschlossen. Wo bleibt die finanzielle Unterstützung der „Tafeln“? Während für die Konzerne, wie gesagt, Milliarden Euro für ihre Einkommensverluste infolge der Corona-Pandemie zur Verfügung stehen, ist bisher kein müder Cent an die Bedürftigen wegen des Mehrbedarfs für Ernährung in dieser Ausnahmesituation vorgesehen. Gerade wenn man am Ende des Monats in Quarantäne kommt, ist meist nicht genug Geld da, um größere Vorräte anzulegen.

Wegen der Ausweitung der Corona-Pandemie schließen ab Mittwoch, dem 18. März 2020, sämtliche Arbeitsagenturen und Jobcenter bundesweit bis auf Weiteres. Damit sind persönliche Vorsprachen bei diesen Behörden nur noch in Ausnahmefällen möglich. Zwar versichert die Bundesagentur für Arbeit, die gleichzeitig auch Teilträger der Jobcenter ist, dass den Leistungsbeziehern durch die Schließung der Jobcenter keine Nachteile entstehen. Das betrifft sowohl die Geldzahlungen als auch die Aussetzung von Sanktionen wegen Terminversäumnis. Aber es gibt keine Informationen, ob auch Maßnahmen wie zum Beispiel „Ein-Euro-Jobs“ vorübergehend eingestellt werden und ob dann die sogenannte Entgeltvariante vorübergehend nicht mehr gilt. Weiterhin ist bei in Quarantäne stehenden Leistungsbeziehern, etwa Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung, keine Hilfestellung von der Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise den Jobcentern zu erwarten.

Für Zuschüsse oder Vorschüsse wäre genug Geld da: 25,8 Milliarden Euro beträgt im Moment allein die Rücklage der Bundesagentur für Arbeit. Es sind Rücklagen, die unter anderem durch die Sanktionierung der Hartz-IV-Beziehenden und durch den niedrigen Hartz-IV-Satz aufgebaut wurden. Die Bundesweite Montagsdemo fordert als ersten Schritt, unbürokratisch Zuschüsse zu gewähren und dafür sofort den Regelbedarf zu erhöhen, damit sich die Bedürftigen menschenwürdig versorgen können! Im zweiten Schritt muss Hartz IV abgeschafft und durch die unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes I

bei entsprechender Erhöhung für die Dauer der Erwerbslosigkeit ersetzt werden. Auch die Grundsicherung nach SGB XII muss auf einen Betrag erhöht werden, der ein menschenwürdiges Leben erst ermöglicht! Dafür kämpft die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung seit über 15 Jahren.

Wir fordern: Schutz der Bevölkerung durch Einstellung der Produktion für die Dauer der Gefährdung durch das Corona-Virus für nicht lebensnotwendige Bereiche! Freistellung der Beschäftigten bei voller Entgeltfortzahlung durch die Konzerne, auch für befristete Verträge und Leiharbeiter! Unbürokratische und schnelle finanzielle Unterstützung der Klein- und Kleinstunternehmen, die durch den Zwang der Betriebsschließung in ihrer Existenz bedroht sind, zum Beispiel kleine Textilgeschäfte, Reisebüroagenturen, Gaststätten! Dauerhafte Aufstockung des Krankenhauspersonals und des Personals in Altersheimen! Keine weitere Schließung von Krankenhäusern! Vollständige Aufklärung des Ursprungs des Covid-19-Virus!

Die Montagsdemos werden zumindest in den nächsten Wochen zum Schutz der Gesundheit aller Beteiligten nicht stattfinden können. Doch unsere Solidarität mit dem Personal in den Krankenhäusern, Altersheimen, Supermärkten und anderswo können wir zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen unter anderem die abendlichen Applaus-Aktionen, die inzwischen in vielen Städten stattfinden. Ergreift dazu Initiative in eurem Stadtteil! Nutzt die Homepage der bundesweiten Montagsdemo und andere fortschrittliche Seiten im Internet, um euch zu informieren und selbst Beiträge zu schreiben!

Und seid wachsam gegenüber allen Versuchen der Rechten, diese Situation für ihren Rassismus und Faschismus zu missbrauchen! Überall entstehen tolle Beispiele gelebter Solidarität, etwa Nachbarschaftshilfe beim Einkaufgehen oder Kinderbetreuung. Seid solidarisch, kümmert euch um Nachbarn, Freunde und Bekannte, ohne eure eigene Gesundheit zu riskieren! Junge und gesunde Menschen rufen wir auf, zum Beispiel die „Tafeln“ zu unterstützen. Hier haben viele ältere Menschen ehrenamtlich gearbeitet, die das nicht mehr können. Bleibt gesund!

Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemo

Gerolf: Die Industriearbeiterschaft darf, wenn der Killerschnupfen droht, die Bänder stilllegen und zu den Familien heimkehren – die Gesunden des Lumpenproletariats sind aufgerufen, die Verteilung der gammigen Reste an der „Tafel“ selbst zu organisieren? Bitte, dieses Gedankengut ist abseitig. Raus damit!

Manfred Seitz („Die Linke“): Die Coronakrise ist eine Krise der Demokratie. Wir haben nicht nur ein Problem mit einem Virus, sondern auch ein Problem mit einer Berichterstattung, die mit reißerischen Meldungen ein harmloses Virus zu einem Monster aufbaut. Corona kann man nicht mit der Pest im Mittelalter oder der Spanischen Grippe vergleichen. Bei Covid-19 ist der Verlauf, von Ausnahmefällen abgesehen, harmlos. Etwa 80 Prozent aller Behandelten werden Angaben des Robert-Koch-Instituts zufolge nach vier bis sechs Wochen entlassen.

Die Krise wird benutzt, um Grundrechte einzuschränken. Wir werden bei der Gefahrenabwehr um unsere Grundrechte gebracht. Hartz IV ist ausgesetzt. Das ist nur ein Tyrannenwechsel. Hartz IV wurde durch den Terror der Coronakrise ersetzt. Die Angst um die Gesundheit und vor dem Tod wird missbraucht, um demokratische Grundrechte einzuschränken. Wenn wir uns das länger bieten lassen, verwandelt dieser Staat sich in ein Gefängnis. Wir leben jetzt schon in einem Staat, der problemlos mit einem faschistischem Regime wie von Pinochet, Hitler, Stalin zu vergleichen ist.

Wolfgang: Lieber Manfred, ich bin erstaunt, wie du die Corona-Pandemie verharmlost. Wir hatten uns schon bei der letzten Montagsdemo darüber unterhalten, wo ich deiner Auffassung entgegentrat, das Corona-Virus sei „harmloser als jede normale Grippe“. Dass du das jetzt immer noch vertrittst, ist nicht zu entschuldigen. Allein in Italien gab es bisher fast 7.000 Corona-Tote. Es sind die reaktionärsten Regierenden wie Trump, Bolonaro, Johnson und Rutte, die solche Stories verbreiten wie das Virus sei ungefährlich, es werde wie durch ein Wunder wieder verschwinden, so Trump, und man müsse keine besonderen Maßnahmen ergreifen. Das ist deren faschistoide, menschenverachtende Ideologie.

Das ist doch nicht deine Auffassung, Manfred! Trump und Johnson mussten jetzt zurückrudern, weil sie Angst vor der Reaktion der Bevölkerung bekommen haben. Ihr Experiment der „Herdenimmunsierung“ – wenn genügend Angesteckte überlebt haben, brennt die Krankheit aus – hätte Hunderttausende das Leben gekostet. Das kann immer noch der Fall sein, weil das profitorientierte Gesundheitssystem viel zu wenige Krankenpfleger, Ärzte, Betten, Beatmungsgeräte et cetera hat.

Dass du dich so beeinflussen lässt von solch reaktionären Politikern und ihrer Pseudowissenschaftler, ist wohl auch der Grund dafür, Stalin in eine Reihe mit Faschisten wie Hitler oder Pinochet zu stellen. Bei allen Fehlern gebührt Stalin das große Verdienst, Hitler das Genick gebrochen und die faschistische Bestie Nazi-Deutschland besiegt zu haben. Einig bin ich mit dir zum Teil in der Kritik an der Einschränkung unserer Grundrechte. Ich halte es zwar für absolut notwendig, Abstand zu halten, momentan keine großen Versammlungen zu machen oder Sportveranstaltungen abzusagen. Aber völlig unzulässig ist die Beschränkung auf maximal zwei Personen beziehungsweise die Ausgangssperre in einigen Bundesländern. Da wird die Pandemie tatsächlich missbraucht, um Notstandsgesetze auszutesten und alle demokratischen Grundrechte abzuschaffen.

Dass es der Regierung beziehungsweise den Parteien im Bundestag – auch deiner! – nur um den Profit geht zeigt, dass alle Betriebe weiter produzieren, bis auf die Autoindustrie, die durch die seit Ende 2018 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise und die Umstellung auf Elektromobilität in einer großen Absatzkrise steckt, ebenso wie die Stahlindustrie. In den noch arbeitenden Betrieben stehen die Kollegen Schulter an Schulter, beginnend schon mit der beengten Hin- und Rückfahrt. Dagegen müssen wir unsere Forderungen aufstellen und dürfen uns nicht mundtot machen lassen. Wir brauchen ein (Gesundheits-)System, in dem

der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit! Dass sich viele Menschen jetzt solidarisch unterstützen, macht mich zuversichtlich, dass so ein System zu erreichen ist und immer mehr Menschen die verlogene Fassade der Herrschenden, wenn sie auf einmal von „Solidarität“ schwafeln, durchschauen.

Frank Kleinschmidt (parteilos): Politisch beschäftigt mich die Pandemie insofern, als dass darauf geachtet werden sollte, wie das Leben angesichts der verfassungsrechtlichen Einschränkungen und digitalen Kontrollen danach läuft. Großkonzerne könnten anhand vieler Konkurse kleiner und mittlerer Unternehmen als Gewinner hervorgehen, deren Verluste mal wieder von Steuergeldern aufgefangen werden. Brachten Pandemien jemals positive politische oder gesellschaftliche Veränderungen? Ich wüsste nicht. Die Cholera-Epidemie in Hamburg vielleicht: Sie brachte im Nachhinein ein verbessertes Hygieneverhalten, Abwasserreinigung und den Abriss unmenschlich enger Behausungen. Ein gravierender gesellschaftlicher Wandel ist jedoch dadurch nicht geschehen. In Anbetracht der Hamsterkäufe hat sich mein Menschenbild auch nicht verbessert.

Wir unterstützen die **abendlichen Applaus-Aktionen in vielen Städten**.
Ergreift dazu Initiative in eurem Stadtteil!

Aber erst, wenn Corona vorbei ist: „Klatscht nicht, sondern geht für uns auf die Straße“ („*Tagesspiegel*“)

Verboten ist jetzt, wenn 50 Bremer(innen) gemeinsam protestieren: Gegen Zusammenpferchen von Flüchtlingen im „Infektionszentrum“ („*Rote Fahne*“)

Der Impfstoff lässt mindestens 18 Monate auf sich warten: Bewährte Produktionslinien wie für Gripeschutzimpfung nicht nutzbar („*The Guardian*“)

„Länger als bis zum Sommer kann der Stillstand nicht dauern“:
„Es gibt eine Abwägung zwischen dem Kampf gegen das Virus und der Zerstörung der Wirtschaft“ („*Neues Deutschland*“)

1. Mai bleibt Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, niemand kann den Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse nach 130 Jahren einfach absagen – auch nicht der DGB und auch nicht in der Corona-Pandemie!

Die Monopole missbrauchen diese Krise zu umfangreichen Angriffen auf die Arbeitenden und Angestellten, vernichten massenhaft Arbeitsplätze und

wälzen alle Krisenlasten ab. Erstmals seit Jahrzehnten haben die Metall-Unternehmerverbände eine „Nullrunde“ bei den Tarifverhandlungen durchgesetzt. Die Regierungen benutzen die Krise zu politischen Notstandsmaßnahmen und der faktischen Abschaffung zahlreicher Grundrechte. Faschisten haben Aufmärsche am 1. Mai angekündigt, zum Beispiel in Hamburg und Erfurt. Davor in die Knie gehen?

Zeigt nicht die gegenwärtige Krise die ganze Unfähigkeit des weltumspannenden kapitalistischen Systems? Wo war die Vorsorge für die vorhersehbare Pandemie? Regierungen schnappen sich gegenseitig Schutzmasken vor der Nase weg, Geflüchteten droht die schlimmste Katastrophe. Jetzt werden Billionen Euro locker gemacht. Aber wer bekommt sie? Und wer bezahlt sie? Für die Massen gibt es „Peanuts“, für die Großkonzerne Milliarden-Rettungsprogramme. Kleinbetriebe gehen pleite, Pflegepersonal muss ohne Schutzausrüstung auskommen, Arbeiter und Angestellte sollen auf Löhne verzichten.

Natürlich müssen wir der Corona-Pandemie, dieser schweren Gefahr für die Gesundheit, Rechnung tragen. Natürlich können wir nicht so demonstrieren wie sonst. Wir müssen den Mindestabstand von zwei Metern einhalten, Mundschutz tragen, Körperkontakt meiden. Unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen werden die Arbeiter weltweit gerade in dieser Krisensituation ihren Kampftag am 1. Mai begehen. „**Solidarisch ist man nicht allein**“ war das diesjährige Motto des DGB. Füllen wir es mit Leben! Wir haben von der MLPD deshalb eine Maikundgebung beim Ordnungsamt angemeldet. Dafür laden wir euch ein, mitzumachen und dafür zu mobilisieren.

Die **Kundgebung mit Offenem Mikrofon** beginnt am **1. Mai 2020** um **11 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz** und dauert eine Stunde. Bitte teilt uns per E-Mail an [mlpd.bremen\(at\)web.de](mailto:mlpd.bremen(at)web.de) mit, ob und mit wie vielen Personen ihr daran teilnehmen wollt. Vom Ordnungsamt wurde unter anderem als Auflage gemacht, dass maximal 50 Personen teilnehmen, alle eine Maske tragen und keine Transparente oder Plakate auf der Kundgebung weitergereicht werden. Deshalb brauchen wir möglichst verbindliche Teilnehmerzahlen. Wenn es mehr sind, müssen diese sich am Rand mit Abstand aufhalten.

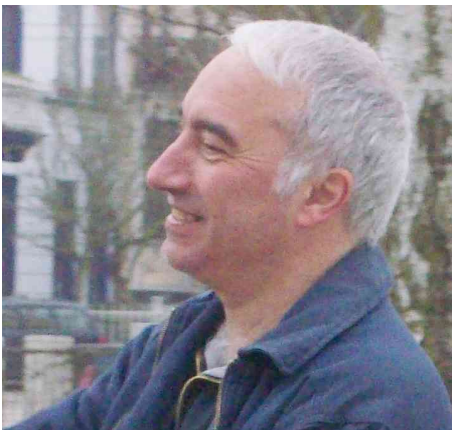
Den DGB Bremen fordern wir eindringlich auf, seine Absage an eine Maidemonstration und -kundgebung zurückzunehmen. In dem Fall würden wir uns natürlich einer gemeinsamen Maidemonstration anschließen und auf die Durchführung einer eigenen Kundgebung verzichten. Mit solidarischen Grüßen.

Lena Salomon (MLPD)

Auf der Intensivstation: Boris Johnson erfährt am eigenen Leib,
dass Covid-19 nicht unterschätzt werden darf („Spiegel“)

Für Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Arbeitsplätze!

Die „Umweltgewerkschaft“ geht am 1. Mai mit auf die Straße: Demonstrationsrecht verteidigen! Für Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Arbeitsplätze! Die Coronakrise hält die Welt in Atem. Die Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln ist wichtig gegen die Ausbreitung der Pandemie. Der Schutz der Gesundheit der Menschen muss im Vordergrund stehen. Aber die Solidarität hat regierungsamtlich schnell ihre Grenzen in der unerbittlichen Konkurrenz und am Profitstreben im Kapitalismus!



Etwa 300 Kliniken wurden in den letzten 20 Jahren in Deutschland geschlossen, 60.000 Klinikbetten gestrichen, als angeblich („unrentabel“. Mit der Privatisierung des Gesundheitswesens wurde Personal abgebaut, die Löhne gedrückt und die Versorgung der Patienten zurückgefahren. Auf dem Weltmarkt haben sich jetzt die reichen Länder gegenseitig Schutzmasken und Beatmungsgeräte weggekauft!

Kanzlerin Merkel appelliert immer wieder an („unser gemeinsames solidarisches Handeln“. Aber wo bleibt Merkels („Solidarität“ gegenüber Flüchtlingen, die in ihren Unterkünften die Hygiene- und Abstandsregeln gar nicht einhalten können und deren Protest dagegen kriminalisiert wird? Warum werden die überfüllten Lager in Griechenland nicht sofort aufgelöst und die Leute europaweit verteilt?

In der Erstaufnahme-Einrichtung Lindenstraße in Bremen Nord sind inzwischen 136 Menschen durch Sars-CoV-2 infiziert. Sozialsenatorin Stahmann hat diese drohende Gefahr monatelang ignoriert und verharmlost das Ganze immer noch. Die sofortige Auflösung aller Massenunterkünfte ist notwendig und der Rücktritt der Sozialsenatorin überfällig!

Wo bleibt Merkels „Solidarität“ für Pflegepersonal und Ärzte, überlastet und unterbezahlt, teils sogar ohne entsprechende Schutzausrüstung? Wo bleibt Merkels Solidarität gegenüber den Beschäftigten? Wenn mehr als zwei Menschen auf der Straße zusammenstehen, müssen sie mit Bußgeldern rechnen, aber in den Industriebetrieben müssen sich die Leute weiter zur Produktion „versammeln“. Welch ein Widerspruch! Die Produktion wird geschützt, aber die Beschäftigten?

Die Coronakrise ist Teil der globalen Umweltkrise. Das menschliche Immunsystem war schon vor Corona überlastet mit Chemikalien und Pestiziden, Mikroplastik in jedem Körper, Feinstäube und elektromagnetische Strahlung, psychische Belastungen durch Arbeitsdruck und Existenzängste!

Die Coronakrise bestätigt einmal mehr die Einschätzung in unserem Programm: „Die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter das kapitalistische, umweltzerstörerische Profitprinzip trennt Mensch und Natur.“ Der Planet Erde rast immer schneller auf einen globalen Kollaps zu! Wir fordern umweltgerechte und gesundheitsschonende Produktions-, Lebens- und Arbeitsbedingungen! Wir kämpfen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)



„Gewerkschaften: Kampf statt Co-Management!“



Bremen, 1. Mai 2020 (Fotos: Helmut Minkus)

Wenn ich angesteckt werde, dann bin ich aussortiert

Hallo Gerolf, nun lese ich seit dem 1. Mai deine Mails zum Thema Masken. Ich sehe alles etwas anders. Ich bin alt (62 Jahre), krank (Polyneuropathie, chronische Bronchitis, zwei Lungenentzündungen) und zähle zu den Menschen mit Vorerkrankungen. Zudem arbeite noch in Vollzeit bis 2024. Nach deiner Verweigerung, Maske zu tragen, kommt eine Wut in mir hoch.

Der derzeitige Stand zu Corona ist: Masken tragen schützt eher die Mitmenschen. Soll ich also zuhause bleiben, weil sich andere den Masken verweigern? Das ist in meiner Situation von anderen mir gegenüber unsozial. Ich möchte auch nach draußen! Nicht nur eingesperrt bleiben, weil sich andere in ihren Persönlichkeitsrechten eingeschränkt fühlen und es vorziehen, unter anderem mich in meinen Persönlichkeitsrechten einzuschränken, weil Maskentragen so einschränkend ist.

Es wäre schön, wenn du auch mal über diese Seite nachdenken würdest. Auch ich habe Wünsche und möchte trotz meines Alters und meiner Schwerbehinderung am Leben teilnehmen. Da bliebe noch die heikle Frage der Herdenimmunsisierung. Wenn ich also angesteckt werde und sterbe, dann bin ich aussortiert. Pech gehabt. Freundliche Grüße aus dem Homeoffice.

Regina (parteilos)

Zufuhr-Empfehlung zu niedrig: An Covid-19 sterben von den Risiko-Patienten jene mit Vitamin-D-Mangel („Heise“)



„Mundschutz unter freiem Himmel ist ein schlechter Witz“

Mit diesem Schild, das Haupt mit runder Staubmaske bedeckt, aber ohne Mundschutz durfte ich nicht am Rande der Kundgebung stehen und zuschauen, geschweige denn selbst mittendrin für soziale Gerechtigkeit demonstrieren – egal wie groß der Abstand und wie leer der Marktplatz blieb. Ich wollte den Veranstalter – angemeldet hatten die Marxisten-Leninisten, nicht etwa der Gewerkschaftsbund! – selbstverständlich keinen Ärger bereiten. Nach kurzer, fruchtloser Diskussion mit der Polizei habe ich mich deshalb entfernt, kaum eine Viertelstunde nach Beginn, und auf ein Grundrecht verzichtet: Das ist Deutschland am Tag der Arbeit im Jahr 2020.

Zur gewählten Symbolik: Die Schutzmaske fälschlicherweise lässig auf dem Kopfe, fast nach Art einer Kippa zu tragen, das ist natürlich ein ganz schlechter Witz. Damit wird mir jüdisches Brauchtum gerade billig genug, um einen anderen schlechten Witz zu illustrieren, wodurch ich mir, schwuppdwupp, die Finger

bereits mit Antisemitismus befleckt habe. Nun liegt mir als Nachkriegsdeutschem mit Schulbildung die böse Absicht fern, und ich zähle auf die Stärke jüdischen Humors, mir diesen einen schlechten Witz zu verzeihen, um zu erfahren, was denn der andere sei.

Es ist dieser: Der den Demonstrierenden vorgeschriebene Mundschutz verstößt gegen das Vermummungsverbot. Damit wird amtlicherseits ein Grund geschaffen, die Zahl der Teilnehmenden am Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse auf absurd winzige vier Dutzend einzuhegen. Schließlich müssen die anforderbaren Polizeikräfte jederzeit in der Lage sein, die Vermummten niederzukuñpeln, wenn etwa der Sozialismus oder nochmals die Räterepublik ausgerufen werden sollte – und wir wollen ja, dass es in Bremen friedlich bleibt, wenn's kracht im Gebälke des Systems, gell?

Mundschutzpflicht zur Killerschnupfenzeit in engen Bussen, Läden, Ämtern und auch im Geflüchtetenheim Lindenstraße, wo nicht mal die Flurfenster geöffnet werden konnten: Das wird wohl sinnvoll sein. Doch zu glauben, auch unter freiem Himmel sei solcherart Maulkorb erforderlich, sobald Worte der freien Meinung fallen, erinnert an eine drogeninduzierte Paranoia. Nach bundesinnenministerlichen Plänen soll allseits ja Besorgtheit geschürt werden. Ein Zusatzschutz gegenüber dem Abstandhalten ist aber durch nichts belegt – die Beschränkung des Demonstrationsrechts also willkürlich.

Aus Empfindsamkeit erfolgt ein Auftritt als Fake-Jude der freien Meinungsäußerung nicht auf einer jener recht lauten Versammlungen der verqueren Herren Elsässer oder Jeben, und konsequenterweise ist er beim ersten Gegenwind der Staatsgewalt sofort beendet. Dies geschah, nachdem ich ausgiebig von einer Frau gefilmt worden war, die Polizisten aus der Wanne gesprungen und, obgleich noch andere Personen am Rande keinen Mundschutz trugen, in meine Richtung geschritten waren und ihr oberster Anstoßnehmer die Schlussworte gesprochen hatte: „Sie haben doch eine Maske dabei, was soll denn das?“

Wie erniedrigend, das Gesicht auf einer Kundgebung, bei öffentlicher Meinungsäußerung nicht zeigen zu dürfen! Von Angela Merkel kenne ich bisher kein Foto mit Mundschutz. Ich staune über stolze, unmaskierte Bannerträger in München: Unter Wahrung von Abstand sind sie keineswegs „undiszipliniert“. Das Bremer „Buten-un-binnen“-Video zeigt im Hintergrund rote Fahnen, im Zoom weit aufgerissene Augen, grelle Masken, leuchtendes Silberhaar und vermittelt visuell die Botschaft: „Habt Angst vor Corona!“ Nein, wir dürfen uns nicht zum Pudel dressieren lassen. Entscheiden wir mündig selbst, ab welchem Gedränge ein Mundschutz angemessen ist.

Die Brille beschlägt, das Atmen wird behindert, die Lippen können nicht gelesen werden: Mit Erleichterung schob ich im Scherz, als die Tragepflicht eingeführt wurde, die alte Staubmaske, die ich noch im Keller gefunden hatte, beim Verlassen des Aldi-Marktes über die Stirn – zwar nicht auch noch auf den Hinterkopf, doch gab es auf der Straße gleich böse Blicke, und ein Nachbar fragte: „Trägst du eine Kippa?“ Es brauchte gar keine echte zu sein, schon spürte ich ihre Last und

dass ich ihren Trägern kein aggressives Auftreten, keine konkreten Forderungen unterstellen dürfte. Aber für seine Würde muss der Mensch doch wohl demonstrieren gehen.

Und wenn ihm öffentlich der Mund verbunden ist, darf die getragene Maske nicht zufällig gegriffen sein, damit sie etwas mitteilen kann. Nehmen Verwirrte die bunt gemusterte Ware? Freudlos-blasser Einweg-Mundschutz aus China mahnt an die Vernachlässigung von Pflichten. Lässt sich mit einem bestimmten Modell oder Design nicht besser auf die vielen systemrelevanten Unterbezahlten hinweisen, die sich jeden Tag in Ansteckungsgefahr bringen? Solch eine Maske mögen manche trotzig noch über das notwendige oder vorgeschriebene Maß hinaus tragen. Soll „Bubi“ doch zeigen, wie Leyla sich unter schöne Augen ein rotes Tuch mit Hammer, Buch und Sichel bindet und man dem Demo-Veteranen zum Umschnüren das weiße Fähnlein vom DGB mit der Soli-Rose reicht.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Rote-Fahne-Forum“

So wenig wie möglich: Eine freiheitsbeschränkende Maßnahme muss immer geeignet sein, ihr Ziel überhaupt zu erreichen („Focus“)

Nicht nur zur Corona-Krise: Der Regelsatz der Grundsicherung muss rauf („Oldenburger Onlinezeitung“)

„Hugo Kröser geht demonstrieren“



Buach, ich muss kotzen! So eine Boulevard- und Klischeescheiße: Wenn Hugo Kröser nicht mehr demonstrieren geht, weil es ihm damals beschissen ging (ja, so war das damals!), dann sind es nur noch eine Handvoll weltfremder Kommunisten und Marxisten-Leninisten, die sich vor menschenleerer Marktplatzkulisse einbilden, der 1. Mai sei der Kampftag der breiten Arbeitermassen, und die man kontrollieren kann, indem man sie voneinander trennt.

Der bodenständige Hugo Kröser jedenfalls lässt von seiner alten, alljährlichen Gewohnheit nicht locker, auch wenn es ihm in seiner Findorffer Küche längst nicht mehr so

beschissen geht wie damals: Das ist jedenfalls der Eindruck, der mit diesem Boulevardbeitrag gestrickt wird. Buach, wird mir übel! Ich hab auch lange kein

„Bubi“ mehr gesehen. Aber es ist halt Ü70-TV. U60 hängt längst vor „Netflix“, „Amazon Prime“ oder anderen Streamingdiensten ab. Dort ist so manche Sitcom systemkritischer und tiefgründiger, als „Buten un binnen“ jemals sein könnte.

Die Berichterstattung des „Weser-Kuriers“ bringt wenigstens diesmal die akuten Probleme und Beweggründe auf den Punkt: Den Teilnehmer(inne)n ging es um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Beschäftigte in Pflege, Krankenhaus, Einzelhandel und systemrelevanten Berufen. Aber ob jemand seit 50 Jahren keine 1.-Mai-Demo oder keine Sonntagsmesse verpasst hat, ist für sich genommen reine Boulevardscheiße, auf die verzichtet werden kann.

Und ach, das soll ein Mundschutz sein! Ich dachte, die tragen alle Kippa vor dem Gesicht. Wäre es sexistisch, wenn ich mir eine BH-Hälfte vor das Gesicht binde? Das wäre wohl eher fetischistisch. Jetzt mal ernsthaft: Nachdem man uns fünf Wochen lang erzählt hat, dass Mundschutz nichts bewirkt, sollen wir uns unter Einhaltung der Abstandsregeln, gegebenenfalls unter Strafandrohung, beim Einkaufen diese unhygienischen Lappen vor das Gesicht schnallen. Wenn wir den Laden verlassen, können wir den Fetzen wieder abnehmen. Dann genügt allein der Sicherheitsabstand.

Hä? Was soll das? Das riecht eher nach Lobbyarbeit der Stoffindustrie. Online-Lieferzeiten bis zu vier Wochen, überzogene Preise und Fakehändler, die Geld abbuchen, jedoch nicht liefern, sind die Folge. Ich habe noch ein paar Halstücher aus Motorradzeiten, die ich mir im Laden über die Nase schiebe, damit mich die Security nicht rausschmeißt. Falls es härter kommen sollte, habe ich noch meine alte ABC-Schutzmaske aus Bundeswehrzeiten.

Ja, Wolfgang, ich bin ein Kleinbürger, der am 1. Mai Schicht hatte, damit du und viele andere Menschen ein funktionierendes Internet haben und Beiträge posten können. Ich bin ein neidischer Kleinbürger, der gerne auch mal zum 1. Mai mit einem so schönen Mercedes 220 E auf dem Marktplatz vorfahren möchte. So ein kapitalistisches Statussymbol macht schon was her! Jedoch habe ich Zweifel daran, dass ein solches Symbol den Zeitgeist widerspiegelt, der von umwelt- und klimabesorgten Aktivist(inn)en zu erwarten sein sollte. Aber du hast recht, ich war ja nicht da und wäre auch nicht lange geblieben.

Übrigens sind die heutigen Boulevard-Magazine aus einer alten Tradition entstanden, dem Boulevard-Theater. Weil diese nicht von Kartenverkäufen lebten, sondern vom Laufpublikum auf der Straße, bedienten sie sich Stilmitteln der Ablenkung: Wer auf dem Marktplatz Milch und Eier holen wollte, sollte von seinem eigentlichen Vorhaben abgelenkt und zur Darbietung gelockt werden. Das machte man unter anderem mit einem Tanzbären, manchmal auch einem Hund, der Kunststückchen konnte oder anderen Possen. Das Stilmittel selbst, das der Ablenkung dient, heißt bis heute „Tanzbär“. Das gesamte Boulevard-Genre dient heute der Ablenkung, und den Tanzbären als Stilmittel nutzt es noch immer.

Und das ist „Bubi“. Sie haben auch hier wieder einmal Ablenkung betrieben: Von den eigentlichen Bedrängnissen, Nöten und Absichten wird der Fokus fort auf Banalitäten gelenkt. Langjährige politische Aktivisten haben hierfür sicherlich ei-

ne Sensorik entwickelt, auch wenn sie sich nicht mit den Stilmitteln der darstellenden Künste beschäftigt haben. Während die rechte Szene ihre eigene Berichterstattung mit Streaming-Diensten und „Youtube“-Kanälen handwerklich hochprofessionell gestaltet, freut sich Wolfgang, wenn „Bubi“ mit einem Tanzbären angepackt kommt. Das verblüfft mich.

Ob sich der gute Hugo Kröser dessen bewusst war, dass er als Tanzbär instrumentalisiert wurde? Egal, ich wurde ja auch schon ein paar Mal von denen gefilmt. Die sammeln viel Material und treffen anschließend eine Auswahl für wenige Minuten. Vielleicht hat Hugo Kröser gewichtige Dinge abseits des Banalen gesagt und hat Beweggründe von Bedeutung? Wir werden es nie erfahren. Vielleicht wäre eine gute Doku mit Hugo Kröser als einer Zentralfigur über Gewerkschaftsarbeit seit 1950 und die Veränderungen seitdem ein Gewinn?

Es ist Boulevard-Berichterstattung. Es ist empfehlenswert, sich darüber im Klaren zu sein, wenn man sich mit denen einlässt. Darum schaue ich mir das seit einigen Jahren nicht mehr an. Jetzt bin ich im Verteiler durch den Link darauf gestoßen worden, und buach, wie banal und ablenkend, welch Verschwendung kostbarer drei Minuten Lebenszeit! Ein solch schlechtes Niveau habe ich mir schon lange nicht mehr zu Gemüte geführt.

Den Beitrag in „RF-News“ finde ich in der Kürze, in der er gefasst ist, gut. Es geht daraus deutlich hervor, wer was warum gemacht hat. Die Erwähnung von „Opa Heini“ bringt dabei etwas Anheimelndes und Generationsübergreifendes. Er wird nicht vorgeführt, sondern ist im Rahmen dieser Sachzusammenhänge dabei.

Die Wirksamkeit der Maske ist fragwürdig, aber eine Verweigerung könnte mehrheitlich Anstoß und Ärger erregen. Das solidarische Tragen mit einer Message ist ein guter Ausweg aus dem Maskendilemma.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Gesundheitsschutz ja, Notstandsmaßnahmen nein!

Im Gegensatz zu Frank, der über Demoteilnehmer wie Hugo Köster herzieht, selbst aber gar nicht teilgenommen hat, und auch zu Gerolf, der nach einer Viertelstunde die Demo verließ, weil er beleidigt war, dass er Mundschutz tragen sollte, bin ich der Meinung, dass unsere Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz eine gelungene, tolle Sache war: In Bremen wurde wie in ganz Deutschland und in vielen anderen Ländern durchgesetzt, dass trotz Corona-Pandemie demonstriert werden kann.



Der DGB hatte bereits im Februar in vorausseilendem Gehorsam sämtliche Mai-Kundgebungen und -demos abgesagt. In etlichen Bundesländern und Städten gab es ein absolutes Versammlungsverbot. Notwendige, der Pandemie geschuldete Gesundheitsmaßnahmen werden von den Herrschenden zum weitgehenden Abbau demokratischer Rechte missbraucht. Das haben wir uns nicht gefallen lassen! Dieser massive Angriff auf Grundrechte war und ist nicht mit dem notwendigen Infektionsschutz zu begründen.

Diszipliniert, mit Mundschutz, mit zwei Metern Abstand voneinander, demonstrierten wir für unsere demokratischen und sozialen Rechte, gegen die Abwälzung der Krisenlasten und für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Überall auf den Mai-Kundgebungen wurde der Kapitalismus angegriffen, der nicht in der Lage ist, auch nur eines der drängendsten Probleme der Menschheit zu lösen: die Krise im Gesundheitswesen, die Überproduktionskrise, die weltweite Fluchtbewegung, die Umweltkrise, die in eine -katastrophe umschlägt. Der Kapitalismus steht der Lösung der Probleme im Weg. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Dafür geht der von „Buten un binnen“ an diesem 1. Mai begleitete 87-jährige Hugo Köster seit 70 Jahren jedes Jahr auf die Straße. Davor habe ich Hochachtung. Und ich denke, auch die Reporter von „Radio Bremen“ konnten ihre Achtung vor diesem Mann nicht verbergen. Wenn dir dabei „das Kotzen kommt“, Frank, dann behalte das doch lieber für dich. Das ist die typische Manier des im Hintergrund stehenden Kleinbürgers, sich an nichts zu beteiligen, aber zynisch über jeden herzuziehen, der den Kampf nicht aufgibt.

Natürlich war nicht alles richtig im „B&B“-Beitrag, und es wurden die Interviews so geschnitten, dass nur zum Teil der inhaltliche Gehalt rüberkam. Im Beitrag wurde auch nicht gesagt, dass es in Bremen die behördliche Auflage gab, dass nur 50 Personen an der Kundgebung teilnehmen dürfen (in Hamburg sogar nur 25!), wodurch dem Zuschauer vermittelt werden konnte, wie mickrig das doch alles ist im Vergleich zu früheren Jahren.

Natürlich war auch die Aussage Quatsch, die Behörde hätte „wegen Corona“ die eine Demo („die Kommunisten“) auf den Domshof und die andere („die Marxisten-Leninisten“) auf den Marktplatz voneinander getrennt marschieren lassen. Trotzdem halte ich diesen Beitrag für mehr nützlich als schädlich. Dazu ganz im Gegenteil der „Weser-Kurier“, der unsere Kundgebung einfach totschrwg, schlimmer noch: die Lüge verbreitete, es gäbe gar keine Kundgebung, nur den virtuellen Online-Kram des DGB.

Wir hatten von der MLPD in Bremen die Kundgebung auf dem Marktplatz angemeldet, weil wir nicht einverstanden waren und sind, dass der DGB alles abgesagt hatte. Wir haben daher im Vorfeld zahlreiche Gewerkschaften, Parteien, Initiativen und Einzelpersonen dazu eingeladen, gemeinsam, gleichberechtigt und

mit Offenem Mikrofon mit uns zu demonstrieren. Von den angeschriebenen Organisationen wurde das entweder gar nicht beantwortet oder es lief parallel dazu bereits die Anmeldung vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ für eine Demo auf dem Osterdeich mit Kundgebung Domshof.

Das allerdings war eine andere Art der Veranstaltung: Es wurde überall plakatiert, dass ein Mitglied des Zentralkomitees des „Arbeiterbundes“ die Rede hält. Auf unseren Versuch, etwas Gemeinsames auf die Beine zu stellen, wurde uns vorgeschlagen, auf die Kundgebung auf dem Marktplatz zu verzichten und beim „Arbeiterbund“ mitzulaufen. Dann dürften wir auch einen maximal fünfminütigen Beitrag auf dem Domshof halten. Das hat nichts mit „auf Augenhöhe“ oder Gleichberechtigung zu tun. Das ist auch kein „Offenes Mikrofon“, das ist einfach anmaßend.

Mitglieder der Linkspartei und andere meldeten eine Demonstration nachmittags auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke an, die sogenannten Linksradiكالen für Spätnachmittag auf dem Goetheplatz. Beide letztgenannten versuchten nicht, eine gemeinsame Sache auf die Beine zu stellen.

Auf dem Marktplatz gab es eine große Breite der Teilnehmer, abgesehen davon, dass mehr als die 50 erlaubten teilnahmen. So waren außer MLPD und „Rebell“-Genossen einige DKP-Genossen dabei, Delegierte der GEW, die auch einen Redebeitrag hielten, ein Vertreter der Obdachlosen und eine Pastorin, die sich für Obdachlose einsetzt. Sie sprachen ebenfalls, sowie Kolleginnen und Kollegen aus Bremer Betrieben, der Umweltbewegung, aus Pflegeeinrichtungen, Geflüchtete und viele Leute, die ich nicht zuordnen konnte. Es war eine kämpferische, solidarische und gute Stimmung auf dem Platz. Die strahlende Sonne trug auch dazu bei.

Noch mal zum Tragen der Masken: Es ist ja umstritten, was sie nützt. Ich persönlich halte es für richtig, in der Öffentlichkeit Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Wenn das alle tun, schützt das auf jeden Fall. Nun war es auch die Auflage bei dieser Kundgebung, und wir hätten ihre gewaltsame Auflösung riskiert, wenn wir uns nicht daran gehalten hätten. Das hat nichts mit Unterwürfigkeit zu tun. „Gesundheitsschutz ja, Notstandsmaßnahmen nein!“ halte ich für ein richtiges Motto. Im Aufruf hatten wir deshalb selbst den Mundschutz als Voraussetzung zu Teilnahme genannt.

Es gab inzwischen auch einige Demos von Rechten bis hin zu Faschisten, die gegen jegliche Gesundheitsschutzmaßnahmen demonstrieren, da Corona nur eine „Erfindung“ sei. Diese Anhänger von Verschwörungstheorien (ich meine nicht die berechnete Frage nach dem Ursprung des Virus!) arbeiten direkt den Monopolen in die Hände, denen nur ihr Profit zählt und denen Menschenleben egal sind. Von denen müssen wir uns auch ganz entschieden abgrenzen. Wir fordern mehr Gesundheitsschutz und nicht weniger!

Deswegen unterstützen wir zum Beispiel den Kampf der Geflüchteten, Sammelager wie die Lindenstraße aufzulösen, oder jenen in Ellwangen, wo der Grüne Kretschmann inzwischen die Bundeswehr die eingepferchten Flüchtlinge bewa-

chen lässt, von denen inzwischen zwei Drittel an Corona erkrankt sind. Es ist ein menschenverachtender „Feldversuch“, wie man „Herdenimmunität“ (ein Begriff aus der Nazizeit!) erreichen kann. Frau Stahmann, ebenfalls Grüne, findet es ja auch „sehr interessant für Virologen“, wie sich das Virus in der Lindenstraße (dort sind inzwischen 146 Personen erkrankt) ausbreitet. Deswegen ist es nicht angebracht, sich über Mundschutz, Mindestabstand et cetera lustig zu machen.

Zu Beginn der Kundgebung wurden die Auflagen zweimal per Lautsprecher bekanntgegeben. Zur Sicherheit hatten wir Ersatzmasken dabei, falls jemand ohne da ist, damit er trotzdem teilnehmen kann. Wem es wichtiger ist, sich über die Maskenpflicht hinwegzusetzen, als gemeinsam für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, Unterdrückten und Geflüchteten zu demonstrieren, der muss das eben mit sich selbst ausmachen. Hoch die Internationale Solidarität!

Wolfgang Lange (MLPD)



Solidarisch für sozialen Zusammenhalt und gegen die Krise: „+100€“ könnte auf dem Mundschutz stehen („Paritätischer Wohlfahrtsverband“)

Sofortaufstockung von 100 Euro für Hartz IV und Grundsicherung!

Die Preise für Lebensmittel, Obst und Gemüse sind im Mai 2020 durchschnittlich um 13,5 Prozent gestiegen. Bereits im März 2020 sind die allgemeinen Lebenshaltungskosten nach Angabe des Statistischen Bundesamts durchschnittlich um circa 1,1 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Deutlich teurer wurde Obst (+8,8 Prozent) und Gemüse (+2,2 Prozent). Im April stiegen die Preise für Gemüse dann sogar um fast ein Drittel gegenüber März, bei Obst um 14 Prozent. Und das in einer Situation, in der es über zehn Millionen Kurzarbeiter(innen) gibt, die größtenteils mit 60 oder 67 Prozent ihres vorherigen Gehalts über die Runden kommen müssen.

Trotz der drastischen Preiserhöhungen gerade bei Lebensmitteln werden die Regelbedarfe für Hartz-IV-Bezieher und Empfänger der Grundsicherung nicht erhöht. Sie liegen zurzeit bei 420 Euro monatlich pro Haushaltsvorstand oder Einzelperson. Auch Rentner(innen) mit kleiner Rente haben durch die deutlichen Preissteigerungen gerade bei den Grundnahrungsmitteln Mühe, über die Runden zu kommen. Im Gegensatz dazu ist für die Autokonzerne eine sogenannte Kaufprämie im Gespräch, als Zuschuss zum Kaufpreis.

Während der Staat für Kredite der Großkonzerne in Milliardenhöhe bürgt, ihnen die Kurzarbeit finanziert, ist für eine Erhöhung der Regelbedarfe für Hartz IV (SGB II) und der Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung nach dem SGB XII kein müder Cent vorgesehen! Allenfalls ist es wegen der aktuellen Situation möglich, einen Vorschuss auf den Regelbedarf des kommenden Monats von 100 Euro zu bekommen, der im Folgemonat von dem regulären Regelbedarf abgezogen wird!

Die Bundesweite Montagsdemo unterstützt die Forderung nach sofortiger Aufstockung der Regelsätze für Bezieher von Hartz IV und Grundsicherung um 100 Euro! Das Arbeitslosengeld I muss unbegrenzt für die Dauer der Arbeitslosigkeit weitergezahlt werden! Entsprechende Erhöhung der Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung! Weg mit den Hartz-Gesetzen, die zu Massenarmut geführt haben! Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen!

Ulrich Achenbach (Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemo)



„+100€“ könnte auf dem Mundschutz stehen (Bild: Pixabay/Gerolf, gemeinfrei)

„Gesundheit statt Rüstung!“. Die Friedensbewegung hat schon eine professionelle Statement-Maske für zehn Euro im Webshop („*Friedenskooperative*“)

Wir wollen die **Bremer Montagsdemo** mit **Offenem Mikrofon** schnell wieder aufzunehmen! Das ist richtig und wichtig, gerade auch gegen alle Versuche der rechten Organisationen und Kreise, den Widerstand gegen die Rechtsentwicklung zu unterwandern. Wir rufen dazu auf, sich zahlreich am **25. Mai 2020** um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** zu treffen. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

713. Bremer Montagsdemo

am 25. 05. 2020

Für Grundsicherung
100 Euro mehr sofort!



1. Zunächst ein **Kurzbericht**: In Bremen kamen bei der ersten Montagsdemo nach zwölf langen Wochen zwar nur zehn bis zwölf Leute zusammen, es wurden aber sehr engagierte Beiträge gehalten. Hauptsächlich drehten sie sich darum, dass wir uns gegen die Abwälzung der Corona- und Wirtschaftskrisenlasten auf uns zur Wehr setzen und gegen die Subventionierung von Großkonzernen wie der Lufthansa mit Hunderten von Milliarden Euro. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass wir die sofortige Aufstockung der Regelsätze um 100 Euro fordern,

außerdem die sofortige Evakuierung der Flüchtlingslager und Massenunterkünfte. So gab es in der Erstaufnahmestelle in Bremen circa 200 Corona-Erkrankungen.

Einige Beiträge setzten sich mit den sogenannten Hygienedemos auseinander, die jeden Samstag stattfinden und auf der auch Faschisten, Querfrontler und Verschwörungstheoretiker ihr Süppchen kochen. Ob bewusst oder unbewusst machen sie das Geschäft des Großkapitals, alle gesundheitsschützenden Maßnahmen beiseite zu schieben: Hauptsache, der Rubel rollt, auf Kosten von Hunderttausenden an Toten. Scharf kritisiert wurde in dem Zusammenhang, dass Thüringens Ministerpräsident Ramelow von der Linkspartei ab Juni ganz auf Pandemie-Schutzmaßnahmen verzichten will – ein Einknicken vor der AfD, die das schon lange fordert?

Die Regierungen, die schon lange gewarnt waren vor einer Pandemie wie der jetzigen, aber trotzdem das Gesundheitswesen durch Privatisierungen und Krankenhausschließungen an die Wand gefahren und sogar die Vorratshaltung medizinischer Hilfsmittel wie Masken oder Kittel aufgegeben hatten, wurden ebenso angegriffen wie überhaupt das ganze System, in dem nur der Profit zählt, aber die Einheit von Mensch und Natur mutwillig zerstört wird. In der sich nun verschärfenden allgemeinen Krise wird sich die Erkenntnis Bahn brechen, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen.

2. Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Montagsdemo! Zwölf lange Wochen ist es her, dass hier die letzte Montagsdemo stattgefunden hat. Jetzt sind wir wieder da, und ich freu mich! Herzlich willkommen!

Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“, das Vertretungsorgan der Monopole, fordert seit Anfang Mai ultimativ, das gesellschaftliche Leben müsse „wieder hochgefahren“ werden. Es geht ihm dabei natürlich vor allem um eines: dass die Betriebe brummen, der Profit wieder sprudelt. Einen echten „Lockdown“ hatte es sowieso nie gegeben: Produktionsstilllegungen gab es vor allem da, wo wie in der Autoindustrie der Absatz sowieso durch die Weltwirtschaftskrise in den Keller gegangen war. Das ließen und lassen sich die Konzerne dann mit Steuergeldern in Form von Kurzarbeitergeld bezahlen.

Inzwischen überschlagen sich die „Lockerungsübungen“ förmlich. Thüringens Ministerpräsident Ramelow, Linkspartei, will ab Juni ganz auf Corona-Einschränkungen verzichten. Sachsen will nachziehen. Das ist völlig unverantwortlich! Es ist ein Einknicken vor dem Großkapital, den Faschisten von der AfD und ultrarechten „Verschwörungstheoretikern“. Auf Druck der Unternehmerverbände wird billigend eine zweite Infektionswelle in Kauf genommen, die sich in verschiedenen Städten und Landkreisen schon anbahnt!

Die reaktionärsten, am offensten den Interessen der Monopole dienenden Politiker wie Trump (USA), Bolsonaro (Brasilien) oder Johnson (Großbritannien) vertuschten und verharmlosten von Anfang an die Pandemie. Den Preis bezahlten in den USA bis jetzt circa hunderttausend Tote!

Das liegt auf einer Linie mit Leuten wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) und jetzt „Querfrontler“ Ken Jebsen, die fordern, zugunsten der Produktion Leute sterben zu lassen: „Wir retten heute Leute, die in einem halben Jahr vielleicht sowieso tot sind“, so Palmer. Mit diesen Leuten, die zurzeit jeden Samstag demonstrieren und dabei zum Teil bewusst auf Hygieneabstand und Mundschutz verzichten, haben wir nichts gemeinsam!

Wichtige Forderungen und Losungen von uns sind Ausbau und Ausschöpfung der Testkapazitäten und kostenlose Ausgabe von Mund-Nasen-Schutz! Kampf gegen die geplanten Massenentlassungen und Werksschließungen! Kein Missbrauch des Kurzarbeitergelds! Sofortige und dauerhafte Neueinstellungen qualifizierter Kräfte im Gesundheitswesen sowie deutliche und dauerhafte Lohnerhöhungen insbesondere der Pflegekräfte! Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Im April stiegen die Preise für Gemüse gegenüber März um fast ein Drittel, bei Obst um 14 Prozent – und das in einer Situation, in der es über zehn Millionen Kurzarbeiter(innen) gab und gibt. Während für die Autokonzerne eine Kaufprämie im Gespräch ist, ist für eine Erhöhung der Regelbedarfe für Hartz IV (SGB II) und der Sozialhilfe/Grundsicherung nach dem SGB XII kein müder Cent vorgesehen!

Die Bundesweite Montagsdemo unterstützt die Forderung nach sofortiger Aufstockung der **Regelsätze** für Bezieher von Hartz IV und Grundsicherung um 100

Euro! Notfallhilfe für Alleinerziehende! Unbegrenzte Zahlung des Arbeitslosengelds I für die Dauer der Arbeitslosigkeit und entsprechende Erhöhung der Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung! Weg mit den Hartz-Gesetzen, die zu Massenarmut geführt haben!

Konsequenter Gesundheitsschutz: Ja! Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung und Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten: Nein! Die Coronapandemie ist nicht einfach eine Naturkatastrophe, gegen die man halt nichts machen kann. Sie hat Ursachen. Eine Ursache ist die kapitalistische Profitwirtschaft mit extremer Massentierhaltung, Vernichtung der Artenvielfalt, Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur.

Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaftler davor, dass es zu so einer Pandemie kommen wird und es nur eine Frage der Zeit ist, bis Erreger vom Tier auf den Menschen überspringen und mutieren können. Das wussten die verantwortlichen Politiker auf der ganzen Welt. Sie haben nicht nur nichts gemacht, sondern im Gegenteil das Gesundheitswesen kaputtgespart, privatisiert, alles dem Profit untergeordnet. Die Vorratshaltung von Masken und Schutzkleidung wurde eingeschränkt oder ganz aufgegeben, die notwendige Zahl an Beatmungsgeräten und Intensivbetten nicht vorgehalten. All das rächt sich jetzt!

Besonders schlimm sind die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften. In Ellwangen sind 400 der 600 Lagerinsassen sowie 32 Bedienstete an Corona erkrankt, in Bremen in der Lindenstraße circa 200 von ebenfalls anfangs 600. Da wird der Tod billigend in Kauf genommen! Sofortige Evakuierung aller Flüchtlingslager und Massenunterkünfte!

Millionen in der Welt, Hunderttausende in Deutschland, machen sich größte Sorgen um ihre Zukunft. Arbeiterinnen und Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Arbeitslose, Kulturschaffende geraten in existenzielle Not – aber den Monopolen werden die Milliarden nur so reingeschaufelt. Die Lufthansa bekommt neun Milliarden Euro, um beim Neubeginn die Konkurrenz in den Schatten stellen zu können! Noch nicht mal eine Sperrminorität des Staates wurde vereinbart. Die Schulden werden vergesellschaftet, die Gewinne privatisiert!

Die deutschen Monopole wollen die Krisengewinnler von Wirtschafts- und Coronakrise sein, aber sie treibt auch eine Angst um: dass sich gegenwärtig die schwerste gesellschaftliche Krise des imperialistischen Weltsystems entwickelt. Wenn sich auch ein nennenswerter Teil der Bevölkerung in Deutschland derzeit mit dem Krisenmanagement der Regierung einverstanden erklärt, so kann sich das schnell ändern. Es wird sich die Erkenntnis Bahn brechen: Wir brauchen ein anderes Gesellschaftssystem! Eines, wo der Mensch im Mittelpunkt steht und die Einheit von Mensch und Natur wieder hergestellt werden kann. Das ist aber mit dem Fortbestand des Kapitalismus unvereinbar.

Wolfgang Lange (MLPD)

„+100€“ könnte auf dem Mundschutz stehen



Susanne vom Team der „Roten Fahne“ antwortet mir auf eine Zuschrift zum aktualisierten Sofortprogramm der MLPD zur Corona-Krise wie folgt: „Das Zentralkomitee findet die Sofortforderung für 100 Euro monatlich für Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, richtig. Das wurde zunächst vernachlässigt. Sie ist aber wiederum zu speziell für das Sofortprogramm. Die Diskussion darüber ist aber sehr wichtig und wir bitten dich, deinen Beitrag ins Diskussionsforum ‚Coronakrise=Kapitalismuskrisis!‘ einzubringen.“

Ich hatte zuvor kritisiert: „Zum Gesundbleiben gehört nicht nur die Corona-Schutzmaske. Dazu gehört tägliche Bewegung, dafür brauche ich halbjährlich neue Laufschuhe. Dazu gehört gesunde Ernährung, aber frisches Obst und Gemüse sind enorm teurer geworden, und man bekommt nicht einmal mehr welke Ware bei der ‚Tafel‘. Ich brauche mehr Geld! Dann kann ich mir auch Einweg-Mundschutz kaufen. Der ist im Hartz-IV-Regelsatz nicht drin. Deshalb vermisse ich hier die Sofortforderung des ‚Paritätischen Wohlfahrtsverbands‘, ‚allen Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, einen pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro monatlich unbürokratisch zukommen zu lassen‘. Die 100-Euro-Forderung ist nicht irgendeine: Es steckt bereits erfolgreiche Bündnisbildung dahinter, auch die Bundesweite Montagsdemo hat sich angeschlossen. Doch wird vor Ort nicht eine Unterstützung dieser Forderung unterbleiben, wenn sie nicht durch das Sofortprogramm der Partei gedeckt ist?“

Und wie kann diese Unterstützung sichtbar gemacht werden, auf der Straße, auf der Montagsdemo? Wie ein Aerosol in der Luft liegt der Gedanke, den Mundschutz zu beschriften, damit man sich auf einer Kundgebung nicht mehr sprachlos oder gar mundtot fühlen muss: Der Rechtsdemonstrant bekommt seine Deutschlandmaske als Fußball-Fanartikel, der Friedensbewegte trägt eine professionell gefertigte Statementmaske „Gesundheit statt Rüstung!“ aus dem Frieko-Webshop. Ja, so geht das! Mein Vorschlag: „+100€“ groß und fett auf die Maske malen, dazu vielleicht in kleiner Schrift „Das Leben wird teurer“ (oben) und „Der Regelsatz muss rauf!“ (unten).

Wenn die Menschen allerdings ihr Demo-Material selber machen müssen, schöpfen sie manchmal im Trüben und zeigen sich als Wutbürger; eine Kampagne wird nicht daraus. Der Stopp der Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Bremen

und Thüringen zeigt aber, dass die Forderung „100 Euro mehr sofort!“ auf die Straße gehört. Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ als Initiator sollte mit einem kleinen Batzen Geld für geeignetes Kampagnenmaterial in Vorleistung gehen, hat wohl jedoch keine Erfahrung darin, Menschen heraus auf die Straße zu rufen. Wie kann die Partei helfen?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Rote-Fahne-Forum“

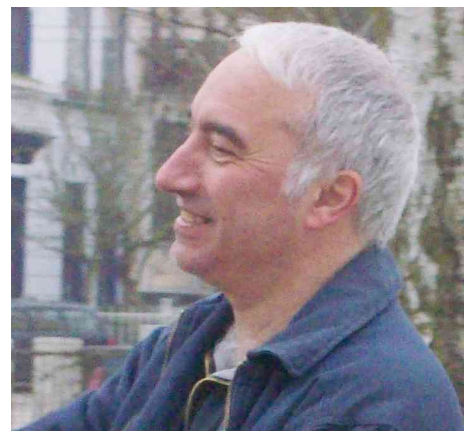


„+100€“ könnte auf dem Mundschutz stehen (Bild: Pixabay/Gerolf, gemeinfrei)

Wir brauchen konsequenten Gesundheitsschutz!

Wir protestieren gegen den Missbrauch der Pandemie zum Abbau demokratischer Recht und so wie gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der „kleinen Leute“! Mit Besorgnis beobachten wir die Ereignisse der letzten Wochen.

Steigende Umweltbelastung, Vergiftung und Zerstörung des natürlichen Lebensraumes führen in der Bevölkerung zu einer Erhöhung von Krebs-, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen oder Immunschwäche und begünstigen die Ausbreitung dieser Pandemie.



Zum aktuellen Zeitpunkt müssen wir zudem feststellen, dass es an Fachpersonal, wichtigen Materialien wie Atemmasken, Schutzkittel, Beatmungsgeräten

und vielem mehr mangelt – entgegen der anfänglichen Behauptung der Bundesregierung, wir wären auf einen solchen Fall bestens vorbereitet.

Jetzt zeigen sich die katastrophalen Folgen der Privatisierung im Gesundheitswesen. Unzureichend ausgerüstete und ausgedünnte Belegschaften versuchen, unter Gefährdung der eigenen Gesundheit den Kranken zu helfen. All denen, die den Menschen in diesen Tagen helfend zur Seite stehen, gehört unsere volle Solidarität.

Wir sehen eine weltweite positive Entwicklung: Es bilden sich unzählige Hilfsinitiativen, zum Beispiel zur Sicherung der Versorgung von Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, oder zur Unterstützung der Kinderbetreuung. Es gibt unglaublich viel Ideenreichtum, Solidarität und Selbstlosigkeit. Darin erkennen wir ein großartiges Potenzial für eine Gesellschaft, in welcher die Menschen, ihre Gesundheit und die Einheit mit der Natur im Mittelpunkt stehen.

Die Corona-Krise verlangt eine bessere internationale Zusammenarbeit! Wir brauchen eine Veröffentlichung von aktuellen Forschungen und eine weltweit konzentrierte Aktion zur Herstellung von Impfstoffen oder Immuntests sowie zur schnellen Entwicklung von günstigen Medikamenten. In diesem kapitalistischen System versuchen einzelne Pharmaunternehmen, von einer Krise, die Menschenleben kostet, zu profitieren – dies verurteilen wir zutiefst.

Des Weiteren benötigen wir eine bessere Vernetzung zur Nutzung der vorhandenen Ressourcen in Deutschland – sowohl von Geräten als auch Fachpersonal. Durch die Schließung der Universitäten gab es beispielsweise jede Menge ausgebildetes Laborpersonal und Geräte, die zur Erhöhung der Anzahl der Tests herangezogen werden könnten.

Die Lasten der Corona-Krise und Weltwirtschaftskrise werden über kurz oder lang auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden, und sie wird als Begründung dienen, existenzielle Sofortmaßnahmen zur Rettung der Umwelt seien nun „zu teuer“. Dabei haben Konzerne und Banken seit Jahren Milliardengewinne gemacht. Die Beschäftigten sollen mit einer massenhaften Arbeitsplatzvernichtung rechnen.

Eine Pleitewelle im Mittelstand wird derzeit nur herausgezögert. Nun soll mit Notstandsmaßnahmen verhindert werden, dass Betroffene dagegen kämpfen. Dieser Entwicklung stehen schon heute Millionen Menschen entgegen, die nicht in dem kapitalistischen Krisenchaos untergehen wollen, allen voran viele Jugendliche. Jede und jeder ist herausgefordert, Schlüsse daraus zu ziehen!

In unserem Programm entwickeln wir die Vision: „Um aber eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen.“ Wir sind viele, aber nur organisiert werden wir überlegen sein und einen erfolgreichen Kampf zur Rettung der Erde vor dem Kollaps führen. Die „Umweltgewerkschaft“ steht allen offen, die dabei mithelfen wollen. Werdet Mitglied!

Erklärung des Bundesvorstands der „Umweltgewerkschaft“ zur Corona-Pandemie, vorgetragen von Harald Braun



Bremer Montagsdemo, 25. Mai 2020 (Foto: Harald Braun)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **8. Juni 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

Top-Virologe im Zahlensumpf: Lässt sich aus dem Rachenschleim von 49 Kindern unter elf Jahren berechnen, ob Kitas und Grundschulen schließen müssen? („*Tagesspiegel*“)

Wahnhafter Antikommunismus: Nicht über das Eigentum an Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln zu reden ist alternativlos („*Neues Deutschland*“)

Zwei Tropfen auf heißen Stein: Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel sinkt für zweite Jahreshälfte von sieben auf fünf Prozent – dank Esken? („*Spiegel*“)

14 Jahre ohne ärztliche Untersuchung: Hier flog nun leider

Gottlieb Wendehals aus der Krankenkasse („*Focus*“)

„Großer Tag für George Floyd“: „Er schaut herab und sagt: ‚Was für eine tolle Sache, die in unserm Land geschieht!‘“ („*The Guardian*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

714. Bremer Montagsdemo

am 08. 06. 2020

Wir sind alle Antifa!



1. Vor zwei Wochen wurde der Afroamerikaner George Floyd in den USA von einem weißen Polizisten grausam ermordet. Dieser drückte ihm so lange das Knie auf den Nacken, bis er erstickte. Vergebens flehte er um sein Leben, andere Polizisten schauten zu. Sofort entstand in den USA eine breite antirassistische, antifaschistische Bewegung: Zehn- bis Hunderttausende gehen täglich in 70 Städten mutig auf die Straße und lassen sich vom brutalen **Staatsterror** nicht einschüchtern.

US-Präsident Trump zeigt sich immer offener faschistisch: Anstatt gegen die rassistischen Täter vorzugehen, hetzt er gegen die Demonstranten und beschimpft sie alle als Linksextremisten. Provokateure werden eingeschleust. Mit einem Artikel von 1807 will Trump das Militär gegen die Menschenmassen vorgehen lassen. Mit Wasserwerfern und anderem brutalem Aufgebot der „Nationalgarde“ ließ er den Platz vor einer Kirche freimachen, um sich dort mit der Bibel in der Hand fotografieren zu lassen.

In seinem antikommunistischen Wahn erklärt Trump die Antifa als „terroristische Vereinigung“. Wir sind alle Antifa! Dieser Begriff geht bis auf Weimarer Republik zurück, wo er Zehntausende gegen den drohenden Faschismus zusammenschloss. Vor allem an der SPD-Führung scheiterte eine noch breitere antifaschistische Einheitsfront. Die brauchen wir auch jetzt!

Seitdem vergeht kein Tag ohne Massenproteste gegen den rassistischen Mord. Am Wochenende waren Hunderttausende auf der Straße. Allein in München gingen 25.000 Menschen statt der erwarteten 200 auf die Straße, in Dortmund 35.000, in Berlin 50.000, in Hamburg 15.000.

Was ist das für ein Gesellschaftssystem, wo ein Rassist im weißen Haus regiert? Der Rassismus ist ein System der kapitalistischen Gesellschaft zur Spaltung der Arbeiterklasse und Unterdrückten, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit zu legitimieren. Für den 28. August 2020 ist nun ein Großer Marsch auf Washington angekündigt.

Lassen wir uns nicht spalten, sondern schließen uns zusammen! Egal welche Farbe deine Haut hat, welche Sprache du sprichst, welche Religion oder Natio-

nalität du hast: Das ist nicht das, was uns trennt. Die Trennung verläuft zwischen den Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der einen Seite und den Ausbeutern und Unterdrückern auf der anderen Seite.

Die tiefste Krise des Kapitalismus, die erst begonnen hat und sich durch die Corona-Pandemie immer mehr vertieft, zeigt, wie überholt dieses System ist. Es ist Zeit für den internationalen Zusammenschluss von unten: Hoch die Internationale Solidarität!

2. „Mit Wumms aus der Krise“, das hat Finanzminister Scholz verkündet. Er meint ein 130-Milliarden-Euro-Paket, das die Bundesregierung beschlossen hat. Was damit gemacht wird? 75 Milliarden sind eine „Überbrückungshilfe“ für Betriebe, vor allem die großen.

Dabei noch gar nicht eingerechnet sind die Milliarden, die für Kurzarbeit bezahlt werden. Die Unternehmer können Gewinne der vergangenen Jahre gegen die jetzigen Verluste gegenrechnen und sich so die Steuern der vergangenen Jahre rückerstatten lassen.

9.000 Euro Prämie gibt es beim Kauf eines Elektrofahrzeugs. Das hilft den breiten Massen ja so viel! Alle Hartz-IV-Empfänger wollen sich bestimmt gerade ein E-Auto im Wert von 30 bis 70 Tausend Euro kaufen. Und für Familien: Einmalig 300 Euro pro Kind, das ist doch was!

Wir werden sehen: Die Abwälzung der **Krisenlasten** auf die breiten Massen wird enorm sein. Die Massenarbeitslosigkeit steigt, in den USA schon auf 40 Millionen. Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! 100 Euro Sofortaufstockung von Hartz IV! Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

3. Am **Samstag**, dem **20. Juni 2020**, wird in **Gelsenkirchen-Horst** die erste **Lenin-Statue** in Westdeutschland in einem feierlichen Festakt **enthüllt**. Zahlreiche Journalisten aus aller Welt und Hunderte Besucher haben sich dazu angemeldet.

Wir haben in Bremen die Möglichkeit, der Zeremonie mit Reden der Parteivorsitzenden der MLPD, Gabi Fechtner, und ihres Vorgängers und Leiters der Redaktion „Revolutionärer Weg“, Stefan Engel, per **Livestream** beizuwohnen. Die Übertragung beginnt um **14 Uhr** im „**Jugendfreizeitheim Buntentor**“, Geschworenweg 11a (Neustadt). Wer teilnehmen möchte, soll bitte seine Maske mitbringen. Außerdem gilt die Corona-Abstands-Regelung von mindestens 1,5 Meter. Ich lade euch herzlich zu diesem Ereignis ein!

Lenin steht bis heute rund um den Globus für die Beendigung des 1. Weltkriegs und die erstmalige Befreiung der Arbeiter, Bauern und der Frauen von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Lenin war der theoretische und praktische Führer der Oktoberrevolution und der Errichtung des ersten sozialistischen Staates. Er bekämpfte alle Bestrebungen, den Kapitalismus wieder zu errichten und war unerbittlich gegen Bürokratismus.

Das alles sind Gründe, warum er von den Reaktionären auf der ganzen Welt gehasst und verleumdet wird. Da macht die SPD keine Ausnahme, die in Gelsen-

kirchen zusammen mit AfD, CDU und Grünen mit allen Mitteln versuchte, die Aufstellung der Statue vor der MLPD-Zentrale zu verhindern und damit scheiterte. Es ist an der Zeit, in all dem weltweiten Krisenchaos heute, ein Zeichen zu setzen: Für einen neuen Aufschwung im Kampf um eine befreite Gesellschaft! Da kommt die Aufstellung eines Revolutionär-Denkmal gerade richtig.

Wolfgang Lange (MLPD)

Störversuch: Gelsenkirchener Polizei erlaubt Faschisten-Aufmarsch unmittelbar neben Feierlichkeiten zur Enthüllung der Lenin-Statue („Rote Fahne News“)

„Datteln 4“ darf nicht ans Netz!



Deutschland muss seine Kohlendioxid-Emissionen radikal reduzieren! Da rund 40 Prozent der deutschen Treibhausgas-Emissionen durch die Energiewirtschaft verursacht werden, müssen die Kohlekraftwerke so schnell wie möglich vom Netz.

Die „Kohlekommission“ hat 2019 in ihrem an sich schon völlig unzureichenden sogenannten „Kohlekompromiss“ empfohlen, das neue Kohlekraftwerk „Datteln 4“ nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Doch trotz der immer bedrohlicheren Ent-

wicklung der globalen Klimakrise lassen Bundesregierung und Landesregierung NRW die Inbetriebnahme zu – und behindern damit bewusst den Ausbau der erneuerbaren Energien!

Es wird von den Befürwortern behauptet, durch „Datteln 4“ würde Kohlendioxid eingespart, da gleichzeitig alte Kohlekraftwerke vom Netz genommen würden. Selbst das Bundesumweltministerium hat dem widersprochen: „Da aber Datteln 4 als neues, effizienteres Kraftwerk mehr Volllaststunden haben wird als alte Kraftwerke, würde es ohne weitere Maßnahmen voraussichtlich zu Mehrmissionen kommen“ („Fragen und Antworten zum Kohleausstiegsgesetz“, 31. Januar 2020).

Von „effizient“ kann im Übrigen keine Rede sein! Der Energieerzeuger Uniper wirbt mit einem Nettowirkungsgrad von 45 Prozent. Das heißt: 55 Prozent der Verbrennungsenergie entweichen ungenutzt in die Atmosphäre. Was für eine Verschwendung des wertvollen Rohstoffs Kohle, wo es doch längst vielfältigste Möglichkeiten regenerativer Energieerzeugung gibt! Ohne mit der Wimper zu zucken, erklärt Uniper das Kraftwerk in bester Greenwashing-Manier zu einem „zuverlässigen Partner der Energiewende“, aber das Gegenteil ist der Fall.

Durch „Datteln 4“ wird der Ausbau regenerativer Energien weiterhin verschleppt. Neben der gigantischen Kohlendioxid-Freisetzung des 1,1-Gigawatt-Kraftwerks kommt es vor Ort zu beträchtlichen Lärm- und Feinstaub-Emissionen. Die nächste Wohnsiedlung liegt weniger als 450 Meter vom Kraftwerk entfernt, aber für Windanlagen fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalens einen Mindestabstand von 1.500 Metern!

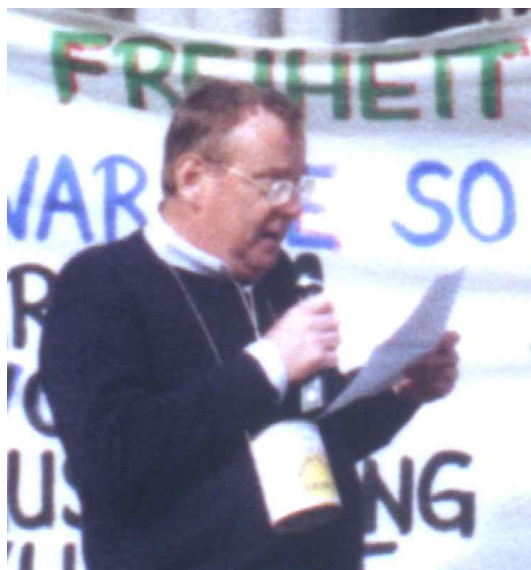
Kohle für „Datteln 4“ wird aus China, Australien, Russland oder Kolumbien importiert. Förderung und Transport verursachen zusätzliche Kohlendioxid-Emissionen, die nirgendwo eingerechnet sind. Auch ist die Bevölkerung in den Abbaugebieten Menschenrechtsverletzungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt. Für die Grundlast ist „Datteln 4“ nicht mehr notwendig, denn statt Stromengpässen verzeichnet Deutschland einen Stromüberschuss von rund zehn Prozent.

Die Umweltgewerkschaft fordert daher drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz. „Datteln 4“ darf nicht ans Netz! Radikale Reduktion des Ausstoßes von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen! Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien! Umnutzung der baulichen Anlagen des Kraftwerks zu einem Zentrum für erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft, unter Einbeziehung der Kenntnisse und Erfahrungen der Belegschaft! Erhalt der Arbeitsplätze der circa 100 Mitarbeiter und Umschulung auf Arbeitsplätze der Zukunft auf Kosten von Uniper und Eon! Gemeinsam die Erde vor dem Kollaps retten!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

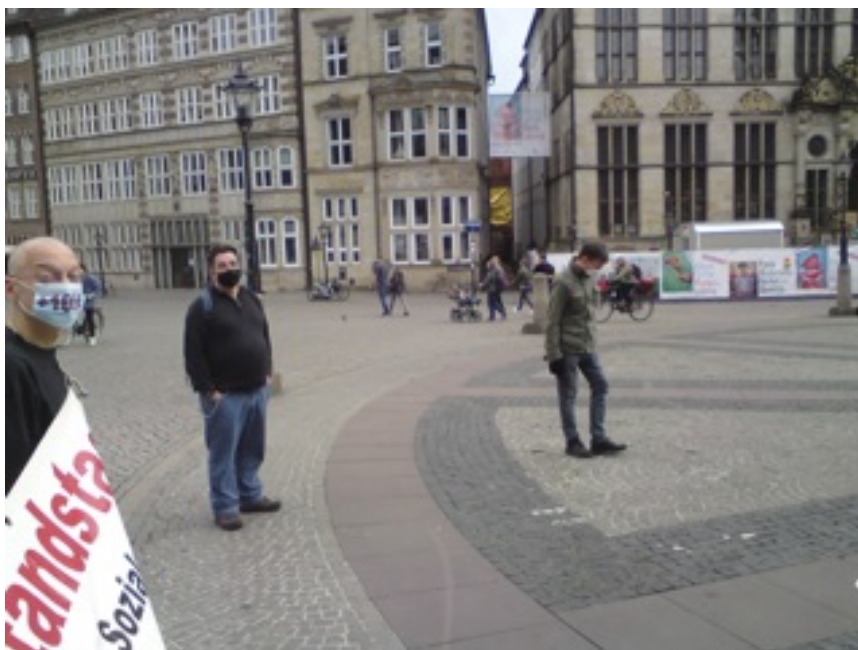
Black Lives Matter!

Ein Kurzbericht: Trockenes, aber noch nicht hochsommerliches Wetter herrschte bei der 714. Bremer Montagsdemo, der zweiten nach der „Corona-Stilllegung“. Es gab 20 Teilnehmer und einige zeitweilige Zuhörer, darunter Geflüchtete sowie Freunde aus Oldenburg und Bremerhaven. Am Roland hatten unbekannte Menschen ein kleines handbeschriebenes Stück Stoff mit der Losung „Black Lives Matter“ und Forderungen an Merkel angebracht. Die Solidarität mit den Kämpfen gegen den Rassismus in den USA und auch bei uns stand im Mittelpunkt. Eng verbunden damit ist die Kritik an der Politik der Herrschenden.



Ihr Krisenmanagement gerät immer mehr in die Krise! Immer lauter wird die Frage: Wer soll das bezahlen? Aber die Menschen werden sich das heute und künftig nicht mehr gefallen lassen. Die Unruhe auf der Welt nimmt zu, der Zorn auf die Ausbeuter und Zerstörer unserer Lebensgrundlagen wächst an. Ausweg ist für manche Redner auf der Kundgebung die Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer menschenwürdigen Perspektive im echten Sozialismus. Auch die aktuellen Probleme mit Hartz IV wurden thematisiert, oder dass es mit der Umstellung auf erneuerbare Energien nicht weitergeht und die Herrschenden lieber „mit Datteln 4 Kohle machen“ wollen.

Jobst Roselius





Bremer Montagsdemo, 8. Juni 2020 (Fotos: Jobst Roselius)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **6. Juli 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

Gibt's gar nicht: Der Begriff „Rasse“ gehört in Gänsefüßchen, dient im Grundgesetz aber der Rechtssicherheit („Die Welt“)

„Designerdroge gegen Atemwegsinfektionen“: Dass Schwarze im Gesundheitsdienst überproportional häufig an Covid-19 sterben, liegt nicht an Rassismus, sondern an Vitamin-D-Mangel („The Guardian“)

„Wenn Sie für Trump sind, tragen Sie keine Maske“: „Die Maskenverweigerung

hat sich in Teilen der USA zum politischen Statement entwickelt“ („*Spiegel*“)

Wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgrund der Corona-Krise : „Was wir als erstes tun müssen, ist, die Hartz-IV-Sätze anzuheben“ („*Focus*“)

Schluss mit der Kleinrechnerei: Das Existenzminimum darf nicht unbegrenzt von den Lebensbedingungen in der Mitte der Gesellschaft abweichen („*Süddeutsche Zeitung*“)

Jetzt wird wieder sanktioniert: Sieben Euro mehr Hartz IV decken weder Preisanstieg noch Smartphone-Kosten („*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“)

Jetzt wird wieder kleingerechnet: Regelsatz für 18-Jährige, die bei den Eltern leben, soll um 16 Euro niedriger sein als für 17-Jährige („*Focus*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

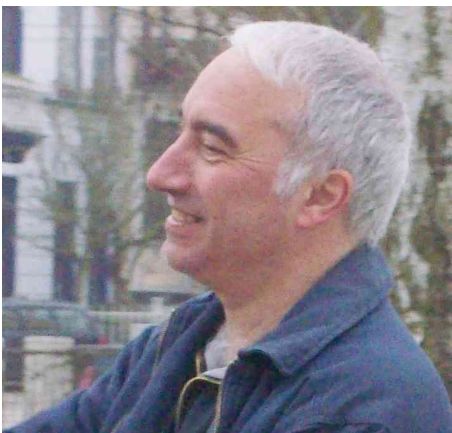
715. Bremer Montagsdemo

am 06. 07. 2020

Der Corona-Skandal bei Tönnies ist nur die Spitze des Eisbergs

Die osteuropäischen Leiharbeiter müssen in der deutschen Fleischindustrie unter katastrophalen Bedingungen leben und arbeiten: Sie bekommen nur Werkverträge bei Subunternehmern und müssen bis zu 14 Stunden täglich und 250 Stunden im Monat arbeiten. Vom Mindestlohn 9,35 Euro bleiben nur etwas über sechs Euro in der Stunde übrig – nach Abzug der Miete für ein Bett und für die Fleischermesser.

Sie müssen zusammengepfercht in erbärmlichen Unterkünften mit bis zu sechs Leuten in einem Zimmer wohnen. Betroffene beklagen sich unter anderem im ZDF vom 24. Juni 2020: „Wir werden wie Sklaven behandelt. Solche katastrophalen Zustände wie in Deutschland habe ich nirgendwo in Europa erlebt.“



Die Schröder/Fischer-Regierung hat 2004 mit den Hartz-Armutsgesetzen auch das System der Werkverträge eingeführt. Arbeiten und Wohnen ohne Abstand und ohne Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Großschlachtereien sind ein „gefundenes Fressen“ für die Corona-Viren. Hotspots mit über 1.500 Infizierten wie bei Tönnies waren vorprogrammiert. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat diese Zustände seit Jahren beschönigt und gedeckt.

Armin Laschet, seines Zeichens Kanzlerkandidat der CDU und guter Kumpan von Tönnies, besaß sogar die rassistische Frechheit, den osteuropäischen Arbeitern den Corona-Ausbruch in die Schuhe zu schieben. Er behauptete: „Die Rumänen haben den Virus nach ihrem Heimatbesuch am verlängerten Wochenende eingeschleppt.“ Bei Tönnies waren aber gar keine Heimatbesuche möglich, weil auch am verlängerten Wochenende durchgearbeitet werden musste.

Durch die extreme Überausbeutung hat sich Clemens Tönnies zum Milliardär und Besitzer des größten europäischen Schlachtereikonzerns gestohlen. Bis heute lehnt er jede Verantwortung für den Corona-Skandal ab. Bis zuletzt hat er versucht, die notwendigen Testungen zu verhindern. Aus Profitgründen hat er den Einbau von UV-Bestrahlung und Hochleistungsfiltren abgelehnt und die Umluft

ungefiltert wieder in die Schlachtereie blasen lassen. Das hat die Ausbreitung der Corona-Pandemie massiv gefördert.

Tönnies ist nicht nur Schweine-Baron, sondern auch seit 2001 Baron des FC Schalke 04. Beim „Tag des Handwerks“ im August 2019 hat er unter großem Beifall Steuererhöhungen im Kampf gegen die Klimakrise abgelehnt und stattdessen gefordert, lieber 20 Kraftwerke in Afrika zu finanzieren: „Dann würden die Afrikaner aufhören, Bäume zu fällen, und sie hören auf, wenn's dunkel ist, Kinder zu produzieren.“ Seine rassistische Gesinnung löste eine große Protestwelle in der Bevölkerung und unter den Fans aus.

Schnell eilten diverse Kumpel aus Sport und Politik herbei, um dem Milliardär angesichts des hereinbrechenden Shitstorms beizustehen, darunter Trainer wie Huub Stevens und Otto Rehagel und der SPD-Rechte Sigmar Gabriel. Auch die Ethik-Kommission des DFB sprang ihm zur Seite und bescheinigte ihm, „kein Rassist“ zu sein. Tönnies dachte, sich mit einem dreimonatigen Ruhenlassen seines Aufsichtsratsvorsitzes aus der Affaire ziehen zu können. Aber weit gefehlt!

Der Corona-Skandal brachte das Fass endgültig zum Überlaufen. Vor der Villa von Tönnies und in Gütersloh demonstrierten am 18. Juni Eltern und Kinder gegen die Machenschaften des Fleischkonzerns. Am 4. Juli blockierten Aktivist(inn)en den Tönnies-Schlachthof in Rheda-Wiedenbrück. Sie forderten auf Plakaten: „Schluss mit der Ausbeutung von Mensch und Tier“. Die Masse der Fans zeigte Tönnies die „Rote Karte“: „System Tönnies stoppen“, forderten die Schalker Ultras an der Ehrenwand der Schalke-Arena. Der Druck der Masse der Fans hatte Erfolg: Tönnies ist weg.

Es geht nicht nur um einen skrupellosen Fleischbaron aus Westfalen, um die sofortige Beendigung von Werkverträgen und Leiharbeit und den notwendigen Gesundheitsschutz. Dieser Skandal ist nur die Spitze des Eisbergs, weil überall auf der Welt der Profit regiert. Die „Umweltgewerkschaft“ setzt sich für eine menschenwürdige, tier- und umweltschonende, soziale und gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur ein. Wie wäre es, wenn Arbeitende und Arbeitslose, Jung und Alt, Tier- und Umweltschützer(innen) gemeinsam dafür eintreten und über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus diskutieren? E-Mail-Kontakt gibt es über umweltgewerkschaft-bremen@cloudmail.de.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die Weltwirtschaftskrise vertieft sich

Durch die Corona-Pandemie wird die Weltwirtschaftskrise natürlich sehr verstärkt, aber das Virus ist durchaus nicht, wie in den bürgerlichen Medien dargestellt, die

Hauptursache der Krise, zum Beispiel in der Autoindustrie: Seit über einem halben Jahr wird auf Halde produziert, schon „vor Corona“ wurden Massenentlassungen angekündigt und Leiharbeiter entlassen.



Warum das alles jetzt als Corona-Folge dargestellt wird? Weil davon abgelenkt werden soll, dass der Kapitalismus gesetzmäßig zu Krisen führt. Sie sind Folgen des Ausbeutungssystems, das wenige Reiche immer reicher und die große Mehrheit immer ärmer werden lässt. Folglich können irgendwann die produzierten Waren nicht mehr abgesetzt werden.

Aktuell sind an Entlassungen geplant, um nur einige zu nennen: bei Daimler 15.000 (10.000 kamen „seit Corona“ dazu), bei der Deutschen Bank 20.000, bei Karstadt-Kaufhof 6.000, bei der Lufthansa 22.000 (die Fluggesellschaft bekommt noch neun Milliarden Euro Staatshilfe dafür!), bei Volkswagen 20.000, beim Reiseveranstalter TUI 8.000, bei Continental 20.000, bei Audi 9.500, bei Airbus 15.000 (allein in Deutschland 5.100, in Bremen über 400, dazu ist am Mittwoch Aktionstag).

Besonders betroffen ist die Jugend. Die Zahl der Ausbildungsplätze ging rapide zurück, vor allem in der Großindustrie, um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. In der Autoindustrie erfolgt der Abbau noch viel stärker, bei Opel zum Beispiel beträgt der Abbau 60 Prozent. Die bundesweite Montagsdemo fordert: Zehn Prozent Ausbildungsquote in der Großindustrie! Unbefristete Übernahme nach der Ausbildung! Für alle Branchen, für Junge und Alte 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für alle von Hartz IV Betroffenen fordern wir 100 Euro Soforterhöhung!

Die Corona-Krise ist weltweit alles andere als am Abflauen. Inzwischen sind laut Weltgesundheitsorganisation mehr als zehn Millionen Menschen erkrankt, mehr als eine halbe Million verstorben. Am schlimmsten stehen Staaten wie die USA und Brasilien da, deren faschistischen Staatsoberhäuptern es gleichgültig ist, ob Millionen sterben – Hauptsache, der Dollar rollt.

Aber auch in Deutschland gibt es Hotspots der Infektion, die sich sehr schnell unkontrolliert entfalten können, etwa in der Fleischindustrie. Sklavenartige Arbeitsbedingungen herrschen bei Tönnies, traumhafte Profite streicht Tönnies selbst ein. Und wer hat davon mitprofitiert? Der frühere SPD-Vorsitzende Gabriel, mit 10.000 Euro als „Beraterhonorar“ pro Monat plus vierstelligem Betrag pro Reisetag. Schamloser geht's nicht!

Eine Kantinenfrau wurde fristlos entlassen, weil sie Bilder von der Kantine ins Netz stellte, auf denen zu sehen ist, wie die Mitarbeiter dort auf engstem Raum sitzen. Da war nichts mit „Hygieneabstand“.

Aber die Jugend rebelliert gegen die Zerstörung ihrer Zukunft, gegen Rassismus und Umweltzerstörung. Und die Polizei hat nicht nur in den USA ein Rassismusproblem. Jugendliche, die etwas anders aussehen als der Durchschnitt, viel-

leicht weil sie dunklere Haut haben, werden grundlos wesentlich öfters kontrolliert. In Stuttgart provozierte die Polizei Ausschreitungen.

Auch in Deutschland sind es häufig Menschen mit anderer Hautfarbe, die von der Polizei getötet werden, erst vor zwei Wochen ein Marokkaner in Grövelingen. Es ging um einen Keller, den er räumen sollte. Er war psychisch krank. Aber anstatt auf den psychosozialen Dienst oder auf Polizeipsychologen zu warten, wird er erschossen – angeblich in Notwehr, weil er ein Messer hatte. Aber er war gar nicht in der Lage anzugreifen, er konnte sich laut Augenzeugen und Familie nur ganz langsam bewegen. Gib Antikommunismus, Rassismus und Antisemitismus keine Chance!

Wolfgang Lange (MLPD)

Wohlfahrtsverband wagt Kampagne: Auf großen Plakaten soll Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 600 Euro gefordert werden („*Neues Deutschland*“)

Von fünf Euro am Tag sollen wir leben: Und fehlernährt am besten auch fünf Jahre früher sterben („*Berliner Zeitung*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **3. August 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

716. Bremer Montagsdemo

am 03. 08. 2020

Dieser Kampf muss auch nach
16 Jahren weitergehen!



1. 16 Jahre Montagsdemo! „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!“ war unsere zentrale Losung. Wir, die Montagsdemo, sind bis heute das soziale Gewissen in Deutschland. Noch nie gab es eine Protestbewegung über einen so langen Zeitraum, überparteilich, antifaschistisch, finanziell unabhängig! Viele haben bei den Montagsdemonstrationen gelernt, frei vor Menschenmengen zu sprechen, haben sich oftmals nach vielen Demütigungen und Schikanen ihre Würde wiedergeholt.

Montagsdemos haben maßgeblich dazu beigetragen, Einschränkungen der Sanktionen zu erkämpfen. So darf nicht mehr auf Null gekürzt werden, wie es Hunderttausenden geschah. Trotzdem bedeuten die Hartz-Gesetze weithin Armut per Gesetz, und zwar nicht nur durch Hartz IV, das Arbeitslosengeld II, sondern schon mit Hartz I und II durch den massiven Anstieg des Billiglohnsektors. Die Zeit- und Leiharbeiter, die prekär Beschäftigten sind als erste von Entlassung betroffen. Deswegen muss der Kampf auch nach 16 Jahren weitergehen!

Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen! Sofortige Erhöhung der **Regelsätze** um 100 Euro! Unbefristete Fortzahlung von Arbeitslosengeld I für die Dauer der Erwerbslosigkeit! Entsprechende Erhöhung der Grundsicherung! Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich! 1.200 Euro Mindestrente!

Längst geht es bei den Montagsdemos auch um andere wichtige politische Ereignisse, um Natur- und Umweltkatastrophen, gegen Faschismus, Rassismus und staatliche Repression. Montag ist und bleibt Tag des Widerstands! Nun war am Samstag „Corona-Demo“ in Berlin. Wer da noch ernsthaft glaubte, es ginge gegen staatliche Unterdrückung, sollte mal überlegen, mit wem er da auf die Straße ging: von „Verschwörungstheoretikern“ aller Art über AfDler bis hin zu offenen Faschisten, die mit Reichkriegsflagge und antisemitischen Parolen marschierten, natürlich ohne Mund- und Nasenschutz.

Seltsam, dass die Polizei nur in sehr geringem Maße auftrat und keine Corona-Schutzbestimmungen durchsetzte! Wenn Linke demonstrieren oder Kurden für ihre Rechte auf die Straße gehen, wird ein Vielfaches an Polizei aufgeboten. In Berlin waren es gerade mal 1.100 Polizisten. Wenn vier Leute in Fahrgemeinschaft in einem Auto erwischt werden, zahlen sie gleich ein paar Hundert Euro, aber hier liefen die Leute dicht bei dicht und ohne Schutz. Vielleicht ist es der Regierung gar nicht so unrecht, was sich hier tummelt?

2. Die Pandemie ist nicht zu Ende! Sie kann auch nicht in einem Land isoliert beendet werden. Weltweit stehen wir immer noch am Anfang, und es sind schon über 600.000 Menschen gestorben. Wer hier nach sofortigem Ende der Pandemie-Schutzmaßnahmen ruft, betreibt das Geschäft der Konzerne, denen es nur auf den Profit ankommt – egal zu welchem Preis an Menschenleben. Das sehen wir an Trump, Bolsonaro und Johnson.

In den USA ist der Pandemieverlauf völlig außer Kontrolle geraten. Es gibt über 60.000 Neuinfektionen an einem einzigen Tag, schon vier Millionen Infizierte. Präsident Trump, der an dieser extremen Ausbreitung der Krankheit in den USA große Schuld hat, lenkt ab und will sie dem „Kommunismus“ in die Schuhe schieben. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht so ernst wäre!

In Israel mit seiner faschistoiden Regierung Netanjahu war die Infektionsrate schon unter fünf pro Tag gesunken – dann kam die totale „Lockerung“. Jetzt sind es wieder 1.500 Neuinfektionen pro Tag, weil alles dem Profit untergeordnet wird. Auch in Deutschland gibt es wieder einen starken Anstieg der Infektionszahlen. Zudem ist das Virus viel gefährlicher als anfangs gedacht und befällt alle Organe, Gehirn, Nieren, Magen und Darm. Es ist ein gefährlicher Wahn, jetzt könne „wieder durchgestartet“ werden!

Deswegen: Kostenlos Masken und Tests für alle! Schließung von Hotspots wie Flüchtlingslagern! Rigorose Durchsetzung menschen- und tierwürdiger Bedingungen in den Schlachthöfen – und ganz allgemein: Kämpfen wir für ein System, in dem der Mensch und die Natur im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit! Deswegen muss der Kapitalismus radikal weg – das ist jedenfalls meine Meinung.

Daimler will 20- bis 30-Tausend Stellen streichen. Gesamtbetriebsratschef Brecht spricht von „Sozialverträglichkeit“: Beim Altersdurchschnitt von 46 seien so viele Über-50- und 60-Jährige dabei, dass die meisten **Arbeitsplätze** durch Aufhebungsverträge und Frühverrentung abgebaut werden könnten. Was ist daran bitte sozialverträglich? Die Arbeitsplätze fehlen uns, unseren Kindern und Enkeln!

Auch eine Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden ohne Lohnausgleich ist nicht sozialverträglich. Die Lohnquote in der Industrie liegt bei sieben Prozent, das heißt: Nur 56 Minuten am Tag arbeitet ein Arbeiter für seinen Lohn, den Rest kassiert der Unternehmer. Der Reiche wird immer reicher, der Arme immer ärmer! Die Kapitalisten wissen gar nicht, wohin mit den Milliarden, daher der hohe Anteil an Spekulation mit den Blasen, die sich bilden und dann platzen. Das ist die Ursache der Krisen im Kapitalismus, nicht der zu hohe Lohn!

3. Diesen Monat blicken wir zurück auf das größte Verbrechen in der Geschichte der Kriegsführung vor 75 Jahren. In Hiroshima und Nagasaki gab es 250.000 Tote sofort durch die beiden **Atombomben** am 6. und 9. August, für weitere 160.000 Menschen ein qualvolles, langsames Sterben. Die amerikanische Regierung wusste, was sie tat. Sie wollte der Sowjetunion und aller Welt zeigen: „Wir sind die Nummer eins“. Deshalb: Für das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen! Als erstes sollen die US-Truppen ganz aus Deutschland abziehen und ihre Atombomben mitnehmen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Hartz IV macht uns alle arm: Mein kleiner Regelsatz
ist dein kleiner Freibetrag („Hartz IV“)

So geht Statistik: „Sollen sie doch Öl trinken, wenn ihnen
der Salat zu teuer wird“ („Berliner Zeitung“)

Machtkalkül mit Agenda-Altmeister: Für ein Linksbündnis bietet
die SPD den Grünen die Kanzlerschaft an („Tageszeitung“)

Kabinettsberatung vertagt: Die Grundsicherung ist zu niedrig,
als dass Spätaussiedler CSU wählen („Neues Deutschland“)

Trauriger Rekord in Hamburg: Hartz-IV-Regelsatz deckt
nur zwei Drittel der Stromkosten („Mopo“)

Nullrunde statt Inflationsausgleich: Die Sieben-Euro-Regelsatzerhöhung zum
Jahreswechsel wird von der geplanten Mehrwertsteuererhöhung vollständig
aufgezehrt („Berliner Zeitung“)

Hände weg vom Atomausstieg!

Viele Menschen wünschen und fordern, dass das Zeitalter der fossilen Energien so schnell wie möglich zu Ende geht. Die Atomkonzerne wittern Morgenluft und betreiben eine massive Werbekampagne. Immer öfter werden die Medien von Pro-Atom-Wissenschaftlern gefüttert. Am 16. Juli 2020 erschien ein ganzseitiger Artikel in der „Zeit“, der von der Bundesregierung verlangt: „Stoppt den Atomausstieg!“ Darin wird wieder einmal behauptet, dies sei „für das Klima und die Versorgungssicherheit notwendig. Der Atomausstieg müsse gestoppt werden, die verbliebenen Kernkraftwerke sollten noch etwa zehn Jahre weiterlaufen dürfen.“



Dazu muss man wissen, dass alle Atommeiler längst abgeschrieben sind und jeden Tag eine Million Euro Reingewinn abwerfen. Das ist bei acht AKWs und 365 Tagen ein Extraprofit der Konzerne von 2,92 Milliarden. Skrupellos wird versucht, die Hochrisikotechnik mit ihren dauerhaften Folgen für Mensch und Umwelt in Deutschland wieder salonfähig zu machen. Was ist von diesen Lügen zu halten?

In Deutschland besteht überhaupt keine Gefahr, „dass die Lichter ausgehen“! Deutschland produziert mehr Strom, als für den Eigenbedarf nötig ist. 2019 wurde Strom im Wert von mehr als zwei Milliarden Euro exportiert und nur 900 Millionen importiert. Das ist ein Überschuss von 50 Terawattstunden. Diese Menge an Überschuss würde ausreichen, um ganz Portugal ein Jahr lang mit Strom zu versorgen. „Ausgestrahlt“ hat eine umfassende Studie in Auftrag gegeben, Ergebnis: Auch ohne alle AKWs stehen ausreichend Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung, um jederzeit mehr Strom zu produzieren, als benötigt wird.

Kann Atomstrom das Klima retten? Derzeit deckt Atomkraft mit rund 400 Reaktoren nur zwei Prozent des Weltenergiebedarfs und hat somit keinen Effekt auf die Klimabilanz. Der gesamte Lebensweg des Brennstoffs für Atomreaktoren erzeugt aber erhebliche Mengen Kohlendioxid. Betrachtet man ihren gesamten Lebenszyklus, betrifft das vor allem die Rohstoffgewinnung, insbesondere den hohen Energiebedarf beim Uranabbau, die Anlagenproduktion, aber auch ihre Stilllegung. Auch in Hinsicht auf Kohlendioxid-Emissionen kann Atomkraft gegenüber erneuerbaren Energien nicht punkten.

Atomkraft ist die teuerste Energieform! Allein der Bau eines AKWs kostet im internationalen Durchschnitt bereits rund zehn Milliarden Euro. Gegenüber erneuerbaren Energien ist Atomkraft nicht wettbewerbsfähig und für Investoren ohne staatliche Fördermittel uninteressant. Während die Kosten für neue Windkraft- und Photovoltaikanlagen kontinuierlich fallen, steigen sie für den AKW- Neubau. Übertragen auf die Megawattstunde ist Atomstrom aktuell dreimal so teuer wie Ökostrom.

Atomkraft steht dem Ausbau der erneuerbaren Energie voll im Wege! AKWs können ihre Leistung nicht flexibel genug regeln. Bei einer Netzüberlastung laufen sie einfach weiter, während Wind- und Solarstrom weichen müssen. Die politische Konsequenz: Ausbaubeschränkungen bei den Erneuerbaren, die für das Gelingen der Energiewende dringend gebraucht werden. Atomkraft ist daher keine Ergänzung im Stromnetz, sondern harte Konkurrenz für Wind- und Solarstrom.

Atomstrom ist äußerst gefährlich! Wer auf Atomkraft setzt, nimmt das Risiko eines Super-GAUs und die dauerhaften Folgen für Mensch und Umwelt bewusst in Kauf. Tschernobyl und Fukushima beweisen: Circa alle 25 Jahre droht

ein Super-GAU. Die alten Atommeiler werden immer anfälliger, wie die Risse im AKW Neckarwestheim zeigen. Außerdem werden im Regelbetrieb ständig radioaktive Stoffe in die Umwelt abgegeben, Gewässer und Böden somit langfristig kontaminiert.

Nach wie vor gibt es weltweit kein dauerhaftes und sicheres Lager für hochradioaktiven Atommüll. Jedes Gramm Atommüll ist daher ein Verbrechen an kommenden Generationen, denen die Last aufgebürdet wird. Deshalb sollten wir wachsam sein und dafür kämpfen: Hände weg vom Atomausstieg! Sofortige weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke auf Kosten der Betreiber! Weg mit Kohle und Atom – erneuerbar ist unser Strom!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **7. September 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

Trotz großer Tröpfchenschwebweite: Von 318 in einer chinesischen Studie untersuchten Corona-Ausbrüchen mit drei oder mehr Infektionsfällen hat nur ein einziger an der frischen Luft stattgefunden („*Spiegel*“)

Ohne Mundschutz durch Berlin: Rechtslastige Gaga-Demo polizeilich aufgelöst („*Spiegel*“)

Heldenverehrung: Wieso stehen nur drei Polizisten auf der Treppe, wenn Nazis zuvor zum „Sturm auf den Reichstag“ aufgerufen haben? („*Spiegel*“)

Spielerstreik: US-Basketballstars wollen das Publikum nicht mehr von Polizeigewalt gegen Schwarze und sozialen Protesten ablenken („*Daily Beast*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

717. Bremer Montagsdemo

am 07. 09. 2020

Nicht auf unseren Rücken: Wir demonstrieren gegen die Abwälzung der Krisenlasten! **Weg mit dieser Regierung!** Auf nach **Berlin** am **Samstag, dem 10. Oktober 2020!** („*Bundesweite Montagsdemo*“)

Weg mit dem neuen Polizeigesetz!



1. In Berlin waren bei der letzten Großdemo gegen die Corona-Maßnahmen wieder massenhaft Faschisten dabei, etwa „Reichsbürger“. Zu Recht regen sich viele, auch bürgerliche Politiker wie Merkel oder Seehofer, über den Versuch auf, den Reichstag zu stürmen. Ich frage mich nur: Warum arbeiten sie dann mit Faschisten wie Bolsonaro in Brasilien, Orban in Ungarn und Erdogan in der Türkei aufs Engste zusammen? Genau diese Kräfte sind es auch, die jegliche Schutzmaßnahmen gegen Corona ablehnen, und um jeden Preis die Produktion hochfahren lassen.

Begründet wird das mit dem faschistischen Motto der „natürlichen Auslese“: Die Stärksten kommen durch!

Die Türkei bekam 2019 Kriegswaffen aus Deutschland im Wert von 344,6 Millionen Euro geliefert; das ist über ein Drittel des Gesamt Waffenexports. Erdogan, der in der Türkei die Demokratie abgeschafft hat, Hunderttausende in den Kerker werfen ließ, die autonome Provinz Rojava in Syrien fortwährend angreift und jetzt Griechenland mit Krieg bedroht: Er bekam Milliarden im „Flüchtlingsdeal“ mit der EU und Deutschland, um Flüchtlinge von Europa zurückzuhalten.

In München wurden türkische und kurdische Kommunisten von deutschen Gerichten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, obwohl sie nichts gemacht haben: Keinerlei Straftat wurde ihnen vorgeworfen, sondern nur, Mitglied der TKP/ML zu sein, einer kommunistischen Partei, die in Deutschland noch nicht einmal verboten ist, wohl aber in der Türkei. Das Urteil ist ein Kniefall vor Erdogan, und es zeigt: Staatsreligion in Deutschland ist der Antikommunismus! Daher die Bewegung „Gib Antikommunismus keine Chance“: Mit dem Antikommunismus fertig zu

werden ist eine wichtige Voraussetzung, um gegen die Angriffe durch Staat und Monopole in die Offensive zu kommen, denn Antikommunismus spaltet.

Das ist gerade jetzt so wichtig, weil sich weltweit eine gesamtgesellschaftliche Krise entwickelt. Die verschiedenen Krisen – Weltwirtschaftskrise, Coronakrise, Flüchtlings- und Hungerkrise, Armuts- und Umweltkrise, dazu die wachsende Kriegsgefahr – durchdringen und verschärfen sich. Vieles in Deutschland wird momentan noch durch Kurzarbeit und anderes abgedämpft, aber die ersten Massenentlassungen finden bereits statt. Airbus will 15.000 Jobs streichen. Deshalb ist diesen Dienstag wieder Aktionstag, in Bremen um 5 vor 12 vor Tor 1. In Brasilien sind die Flugzeugbauer bei Embreär, dem viertgrößten Flugzeugbauer weltweit, in den Streik gegen 2.500 Entlassungen getreten. Bei Renault gibt es einen Erfolg nach 21 Tagen Streik gegen 747 Entlassungen.

2. Olaf Scholz gilt als so etwas wie der „Saubermann der SPD“. Allerdings ist weder er noch die SPD sauber. Tief ist Scholz nicht nur in den Wirecard-Skandal verwickelt, sondern auch in die Cum-Ex-Geschäfte. In seiner Zeit als Erster Bürgermeister von Hamburg – der heutige Bürgermeister Tschentscher war zu der Zeit Finanzsenator – ließ er sich bei Treffen mit dem Chef der Warburg-Bank davon überzeugen, 47 Millionen illegale Cum-Ex-Betrugsgelder nicht zurückzufordern.

Cum-Ex, das heißt: vor Dividendenausschüttung verkaufen, dann schnell wieder zurückkaufen und die Kapitalertragssteuer rückerstatten lassen, möglichst nicht nur einmal, sondern mehrfach. Dieser kriminelle Betrug wurde in Deutschland von 1998 bis 2012 geduldet und bis 2018 durchgeführt. Über 30 Milliarden Euro wurden so der Staatskasse entzogen. Was hätte damit alles gemacht werden können? Und Scholz wie Vorgänger Schäuble waren mittenmang dabei. Heute schielt Scholz auf den Posten des Bundeskanzlers, statt sofort von allen Ämtern zurückzutreten! Dieser Mann ist durch und durch nicht nur Handlanger, sondern zugleich Teil des Finanzkapitals. Senkung der Massensteuern! Drastische progressive Erhöhung der Steuern von Großverdienern und Unternehmern!

Am **Samstag**, dem **12. September 2020**, beginnt um **17 Uhr** am **Brill** eine **Demonstration** gegen das neue **Bremer Polizeigesetz**. Beim ersten Versuch waren die Grünen noch dagegen. Das war vor der Bürgerschaftswahl. Jetzt sind sie dafür: Angeblich ist der neue Gesetzentwurf viel besser. Aber auch dieser erlaubt, Leute für 96 Stunden ohne Anklage einzusperren. Dafür muss nicht mehr eine konkrete Gefahr drohen; es reicht, dass ein Polizist eine „Gefahrenvorsorgemaßnahme“ für geboten hält. Ebenso erlaubt sein sollen „anlasslose“ Personenkontrollen. In Bundesländern, wo das schon erlaubt ist, sind davon extrem überproportional Schwarze betroffen. Weg mit dem neuen Polizeigesetz!

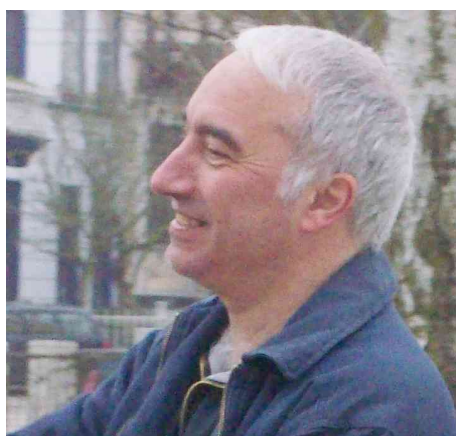
Wolfgang Lange (MLPD)

Volle sieben Euro mehr: Der Hartz-IV-Regelsatz wird nun doch um den Betrag der Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresende ausgeglichen („Spiegel“)

Keine soziale Teilhabe außer Fernsehen: Der Hartz-IV-Regelsatz müsste 212 Euro höher sein („Berliner Zeitung“)

3,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen: Die Linkspartei hat die Hartz-IV-Beziehenden vergessen („Junge Welt“)

Dramatische Entwicklung hin zur globalen Umweltkatastrophe



Aktiver Widerstand ist das Gebot der Stunde! Soziale Ungleichheit hängt unmittelbar mit der Umweltpolitik zusammen. Die Diktatur der Konzerne sorgt für eine gigantische Verschwendung von Rohstoffen. Sieben Prozent der Weltbevölkerung, jene mit einem Einkommen größer als 10.000 Euro, sind verantwortlich für 50 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Die Erde brennt, symbolisch und real!

Viel zu viel Strom wird verbraucht und durch das Verbrennen fossiler Ressourcen erzeugt. Die Eröffnung des Kohlekraftwerks Datteln IV ist nichts anderes als ein weiterer Schritt in Richtung globale Klimakatastrophe. Es ist ein Signal des „Weiter so“, ein Signal des „Alles ist nicht so dramatisch“, ein Signal „Wir haben noch Zeit“, kurz: ein Signal der Verantwortungslosigkeit gegenüber zukünftigen Generationen! Es geht schlicht und ergreifend um Profit, Profit, Profit – das Credo des Kapitalismus. Datteln IV muss wieder vom Netz und in ein Zentrum für erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft umgebaut werden, unter Erhalt aller Arbeitsplätze, auf Kosten von Uniper und Eon!

Der Regenwald wird zerstört! Für die Fleischindustrie werden gezielt Waldbrände gelegt im Amazonasbecken, dem größte Regenwaldgebiet der Erde, um neue landwirtschaftliche Flächen für den Anbau von Soja oder die Viehbeweidung zu gewinnen. Im August waren es 7.766 Waldbrände allein im brasilianischen Amazonasgebiet. Es wird befürchtet, dass das regionale Klima ab einem bestimmten Umfang des Waldverlusts zusammenbrechen wird. Die dadurch entstehende Trockenheit, verbunden mit weiteren Waldbränden, wird die Degradierung des Regenwaldes weiter vorantreiben. Der Amazonasregenwald würde sich vom Kohlenstoffspeicher zur Kohlenstoffquelle verwandeln.

Bis zum Jahr 2030 könnten in Amazonien 55 Prozent des Regenwaldes vernichtet oder stark beschädigt sein. Dies wiederum hätte erhebliche Auswirkungen auf das globale Klima und die weltweite Artenvielfalt. Das Verschwinden der

Wälder bedeutet, dass Lebensräume für die Tierwelt reduziert werden. Die Nähe der Lebensgebiete von Mensch und Tier führt zur leichteren Übertragung von Krankheiten. Zoonosen sind eine der Ursachenhintergründe für Ausbrüche von Sars, Mers und Covid-19. Dieser Zusammenhang ist nicht kurzfristig umkehrbar.

Dazu kommt eine beschleunigte Eisschmelze in der Arktis und in der Antarktis. Bremerhavener Forscher(innen) vom „Alfred-Wegener-Institut“ sind alarmiert: Das arktische Eis schmilzt heftiger und schneller als jemals zuvor. Die Nordostpassage ist bereits Mitte Juli eisfrei gewesen. In der russischen Arktis sind rund eine Million Quadratkilometer weniger von Eis bedeckt. „Das entspricht etwa 40 Prozent mehr eisfreiem Ozean“, sagt der Bremer Umweltphysiker Gunnar Spreen.

Auch in der Antarktis, dem größten Eisreservoir der Welt, hat sich den vergangenen zehn Jahren der Masseverlust beschleunigt. Laut der Forscher um Andrew Shepherd von der Universität Leeds ging in der Antarktis zwischen 2012 und 2017 dreimal so viel Eis verloren wie in den Jahren von 1992 bis 2012: Waren es anfangs 76, sind es in der Folge 219 Milliarden Tonnen jährlich.

Das Abschmelzen des arktischen und antarktischen Eisschildes erhöht den Meeresspiegelanstieg. Er liegt nach Angaben von Anders Levermann vom Potsdamer „Institut für Klimafolgenforschung“ nach vorsichtiger Schätzung bei bis zu 1,5 Metern bis zum Jahre 2100. Ganze Staaten und Landstriche wie Bangladesh oder das Nildelta würden in den Fluten versinken. Auch London, New York und Shanghai sind in Gefahr.

Alle diese Faktoren zusammen beschleunigen den Übergang in eine globale Umweltkatastrophe. Nur der gemeinsame, weltweite Widerstand kann die Erde vor dem Kollaps retten. Deshalb engagiert euch, organisiert euch! Die nächste Gelegenheit ist der weltweite **Klimastreiktag** am **25. September 2020**. Daran wird sich auch die „Umweltgewerkschaft“ beteiligen. Wir laden am 27. September ein zur Filmveranstaltung „Die grüne Lüge“ (15 Uhr, Zion-Gemeinde, Kornstraße 31). Der Umweltfilm klärt auf und gibt Anregungen für den weiteren Kampf für Umweltschutz und Arbeitsplätze und für gesellschaftsverändernde Perspektiven.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **5. Oktober 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

Gesundbleiben mit Vitaminen: Die gefährliche überschießende Entzündungsreaktion bei Covid-19 lässt sich eindämmen („Focus“)

Bewusstseinsbildung mit Maske: 2020 war die Verbreitung von Rhinoviren fast doppelt so hoch wie 2019 („Freitag“)

Wir kennen diesen Mann: Donald Trump wird niemals

eine Wahlniederlage anerkennen („*The Atlantic*“)

Es darf gelacht werden: Das Virus schnappt sich
seine Leugner („*The Guardian*“)

„Ein Schnupfen hockt auf der Terrasse“: „Auf dass er sich
ein Opfer fasse“ (*Christian Morgenstern*)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

718. Bremer Montagsdemo am 05. 10. 2020

Nicht auf unseren Rücken: Wir demonstrieren gegen die Abwälzung der Krisenlasten! **Weg mit dieser Regierung!** Auf nach **Hamburg** am **Samstag, dem 10. Oktober 2020!** („*Bundesweite Montagsdemo*“) –

Aufgrund der verschärften Situation in der Corona-Pandemie wird die für Berlin geplante **Herbstdemonstration** dezentralisiert. Wir treffen uns morgens um **9:15 Uhr** im **Bremer Hauptbahnhof** an der **Blindentafel**. Unser Zug fährt um 9:33 Uhr nach Hamburg. Die Rückkehr erfolgt gegen 16:30 Uhr. Wir fahren mit dem „Niedersachsen-Ticket“. Pro Person fallen etwa 8,60 Euro für Hin- und Rückfahrt an.

Massenarbeitslosigkeit und -armut steigen weiter an



Am 3. Oktober haben wir 30 Jahre Wiedervereinigung gefeiert – wobei „feiern“ relativ ist. Natürlich ist es gut, dass diese Grenze weg ist: Viele Familien kamen wieder zusammen, und das bürokratisch-kapitalistische Honecker-Regime war wirklich verhasst. Ohne die Volksbewegung in der DDR hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, und heute gäbe es keine Montagsdemos. Die sind nämlich in der DDR entstanden.

Aber war das, was wir heute im wiedervereinigten Deutschland haben, was die DDR-Bürger im Jahr 1989 wollten? Hunderttausende Arbeitsplätze wurden vernichtet. Von wegen „blühende Landschaften“, von denen Helmut Kohl gefaselt hatte!

In der DDR gab es anfangs einen hoffnungsvollen Aufbau. Doch der Aufbau des Sozialismus wurde zerstört, indem sich eine neue, eine bürokratische Kapitalistenklasse herausbildete, die sich völlig zu Unrecht noch sozialistisch nannte. Das war genauso eine Lebenslüge wie im Westen, wo behauptet wird, alle Macht gehe vom Volk aus. Nein: Hier herrscht das Finanzkapital. Es hat sich Staat und dessen Organe untergeordnet und ist mit ihm verschmolzen.

In der sich nun herausbildenden gesamtgesellschaftlichen Krise zeigt sich schärfer denn je: Der Kapitalismus führt die Welt, die Menschen, die Natur in den Abgrund. 80 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Wir sind Zeugen des Umschlags in eine globale Umweltkatastrophe. Es herrschen Massenarbeitslosigkeit und -armut, dazu kommt jetzt die Gesundheitskrise. Alles wird dem Profit untergeordnet, die Reichen werden immer reicher. Selbst in der Coronakrise sind die Milliardäre noch reicher geworden, und Reiche gibt es auch im ärmsten Bundesland Bremen nicht wenige.

Wir brauchen einen neuen Anlauf für den Sozialismus! Die MLPD hat als Schlussfolgerungen aus der Zerstörung des Sozialismus wichtige Lehren gezogen: Es muss ein System der Selbstkontrolle mit unabhängigen Kontrollkommissionen geben, und die Mitglieder und breiten Massen müssen so gut geschult sein, dass sie selbst entscheiden können, was richtig und falsch ist, anstatt blind zu vertrauen.

Die Vernichtung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, der Angriff auf unsere Lebensgrundlagen: Alles wird mit „Corona“ begründet. „Corona“ ist schlimm, aber die Wirtschaftskrise hat schon viel früher begonnen und schaukelt sich jetzt durch „Corona“, aber auch durch die verschiedenen Strukturkrisen wie in der Autoindustrie hoch.

Daimler will 15.000 Arbeitsplätze abbauen, es ist sogar von bis zu 30.000 die Rede. „Zweistellige Profitsteigerungsraten“ fordert der neue Daimler-Chef Kallenius und will die „Personalkosten“ um 20 Prozent senken. Dafür sollen ganze Werke – wie in Hambach, Stuttgart und Berlin – geschlossen oder zumindest extrem verkleinert werden.

Bei Volkswagen genauso: Bei der Tochter MAN wurde der „Zukunftsvertrag“ kurzerhand gekündigt, wonach betriebsbedingte Kündigungen bis 2030 ausgeschlossen waren, und 9.500 Jobs sollen gestrichen werden. Bei Continental sind es 30.000, bei Airbus 15.000. Dort werden betriebsbedingte Kündigungen ausdrücklich nicht mehr ausgeschlossen. Deswegen sind konzernweite Streiks notwendig: Kampf um jeden Arbeitsplatz! Für die 30- Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Ansonsten werden sich bald weitere Hunderttausende oder Millionen in Hartz IV wiederfinden. Der Regelsatz soll jetzt „großzügig“ auf 446 Euro angehoben werden, wenn der Bundesrat noch zustimmt. Die Regierung wollte zuerst nur auf 439 Euro gehen. Wie toll! Umgerechnet auf die Kaufkraft bei seiner Einführung im Jahr 2004, als der Regelsatz 345 Euro betrug, sind 446 Euro aber weniger wert als damals. Die Armut steigt also!

Ein Hohn ist auch, dass jetzt leichter Darlehen an Hartz-IV-Bezieher vergeben werden. Das wird dann aber ab dem Folgemonat sofort wieder in Zehn-Prozent-Schritten abgezogen. Dann gibt es nur noch 400 Euro pro Monat, bis das Darlehen zurückbezahlt ist. Wem der Kühlschrank oder Herd kaputt geht, der kriegt auch nichts dazu. Dazu soll er ansparen oder besagtes Darlehen beantra-

gen, oder die Küche bleibt eben kalt beziehungsweise lauwarm, wenn Herd und Kühlschrank fehlen.

Deswegen: Arbeitslosengeld I für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Entsprechende Anhebung der Grundsicherung über die Armutsgrenze! 15 Euro Mindestlohn! 1.200 Euro Mindestrente! Sofortanhebung von Hartz IV um 100 Euro! Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen! Dass wir dafür auch noch 16 Jahre nach ihrer Einführung kämpfen, zeigen wir auch bei den diesjährigen Herbsdemonstrationen. Wegen „Corona“, also zum besseren Abstandhalten, aber auch um neue Bündnispartner einzubeziehen, finden dieses Jahr außer in Berlin auch Regionaldemonstrationen statt. Wir Bremer beteiligen uns in Hamburg.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Unter 600 Euro reicht es auf keinen Fall“: „Es braucht den politischen Willen, Armut in diesem reichen Land wirklich zu verhindern“ („*Neues Deutschland*“)

Weltweiter aktiver Widerstand gegen die drohende globale Umweltkatastrophe!

Auf der ganzen Welt fanden am 25. September 2020 Demonstrationen und Kundgebungen für die Rettung des Klimas statt. In Deutschland kamen in über 400 Städten mehrere Zehntausend Menschen zusammen. Wieder einmal wurde versucht, die MLPD aus der Demonstration in Bremen hinauszudrängen. Die „Umweltgewerkschaft“ solidarisierte sich sofort. „Keine Fahnen, keine Parteien“ – warum eigentlich? Wir wollen doch wissen, wer die Demos und Kundgebungen unterstützt und wer nicht!



Vor allem systemkritische Gruppierungen und Organisationen sollten systematisch aus den Demos „gesäubert“ werden, oft mit einer gewaltigen Portion antikomunistischer Hetze im Gepäck. Die Rechnung ging zum Glück nicht auf, denn das Recht auf Tragen von Transparenten und Fahnen oder Flyer-Verteilen auf jeder Demo ist demokratisches Grundrecht. Das haben sogar Gerichte bestätigt!

Wir merken alle, es geht längst nicht nur um die Klimakrise, sondern um die Verhinderung einer umfassenden globalen Umweltkatastrophe: das bedrohliche Artensterben, das massenhafte Waldsterben und die Vernichtung der Re-

genwälder, das Umkippen der Ozeane und ihre Vermüllung und Vergiftung, die Vergrößerung des Ozonlochs, Mikroplastik in der Nahrungskette, radioaktive Verseuchung, deutliche Zunahme regionaler Umweltkatastrophen, die mafiöse Fleischindustrie und so weiter. Die Konzerne beuten Mensch und Natur aus: Krank ist das kapitalistische System!

Extremwetterereignisse mit Überschwemmungen, Fluten, Stürmen und Erdbeben, Hitzewellen und Dürren führen zu immer neuen regionalen Umweltkatastrophen. Im September 2020 tobte auf der Westseite der USA das Feuer und vernichtete ein Waldgebiet in der Größe Englands. Gleichzeitig raste auf der Ostseite mit „Sally“ der achte Hurrikan über das Land. Überschwemmungen haben eine halbe Millionen Menschen vom Stromnetz abgeschnitten.

Zunahme und Stärke regionaler Umweltkatastrophen sind Ergebnis der Erwärmung der Erde und der oberen Meeresschichten, aber auch anderer Prozesse wie die Zerstörung der Wälder, der Artenvielfalt und der Meeresökologie. Umgekehrt beschleunigen die regionalen Umweltkatastrophen diese Hauptfaktoren des Übergangs in eine globale Umweltkatastrophe wieder, wenn zum Beispiel durch die Waldbrände Kohlendioxid in die Atmosphäre geschleudert wird.

Das 2014 erschienene Buch „Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“ analysierte: „Jeder einzelne der Hauptfaktoren, die den Übergang in eine globale Umweltkatastrophe beschleunigen, hätte bereits existenzielle Folgen für die Menschheit, wenn er auf die dargestellte Weise und ungebremst weiterwirken kann. Doch zwischen den verschiedenen Hauptfaktoren besteht zusätzlich eine destruktive Wechselwirkung, die zu ihrer Verstärkung, ja teilweise Potenzierung führen muss.“ Inzwischen gibt es bereits unumkehrbare Kippunkte, zum Beispiel das Auftauen der Permafrostböden.

Einzig die Alleinherrschaft des internationalen Finanzkapitals steht wirksamem Umweltschutz und der Rettung der Menschheit vor der Umweltkatastrophe im Weg. Im Grundsatzprogramm der „Umweltgewerkschaft“ heißt es deshalb: „Um eine globale Umweltkatastrophe abzuwenden, braucht es eine neue Qualität der Umweltbewegung und eine weltweit überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher in Konzernzentralen, Banken und Regierungen.

Wir suchen den engen Schulterschluss zwischen Arbeiter- und Umweltbewegung und schließen uns auf der Grundlage gewerkschaftlicher Prinzipien als Umweltorganisation zusammen – lokal, national und international. Der Gewerkschaftsgedanke steht für den gemeinsamen Kampf um unsere existenziellen Lebens- und Zukunftsinteressen, für Kampfgeist, Solidarität und breitesten überparteilichen Zusammenschluss. Wir treten für eine gesellschaftliche Alternative ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird.“

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Auf der Autobahn in den Wald brausen: Das ist

moderne grüne Regierungspolitik („Tageszeitung“)

Es gibt kein „generisches Femininum“: Justizministerium entwirft Gesetz, das nur für Frauen gelten würde („Spiegel“)

Für ein Recht auf Besuch und Berührung: Was alten Menschen in Heimen während der Pandemie geschah, grenzt an Folter und Isolationshaft („Spiegel“)

„Vermummungsgebot“: Ärztekammer-Präsident soll zurücktreten, weil er Maskentragen im öffentlichen Raum an frischer Luft für „Unsinn“ hält („Spiegel“)

„Kein Verbot für Schwarz-Weiß-Rot“: „Rechtsextremistische Gedankengutsinszenierung“ sagt sich selbst ab („Spiegel“)

„Natürlich hätten wir sie aufhalten können“: Unmaskierte demonstrieren trotz Verbot auf der Karl-Marx-Allee („Spiegel“)

Sanktionsdrohungen per Serienbrief: Jobcenter-Mitarbeiterin klagt gegen rechtswidrige Behördenpraxis, bis sie krank wird („Frankfurter Rundschau“)

Der Bedarf ist nicht gedeckt: Bundesrat kritisiert Neuberechnung der Grundsicherung als intransparent, realitätsfern und armutsfördernd („Junge Welt“)

Für Regelsätze, die zum Leben reichen: Die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen“ startet eine **Kampagne für mehr Regelleistungen** bei Hartz IV und Grundsicherung. Auf dem **Bremer Marktplatz** wollen wir dafür am **30. Oktober 2020** ab **12 Uhr** Unterschriften sammeln. („Erwerbslos“)

Sport wird verboten – außer Joggen: Kassenärzte halten verordnete Gesundheitsschutzmaßnahmen für „weder zielführend noch umsetzbar“ („Spiegel“)

Närrische Zugangsbeschränkungen: Statt schnell durch den Aldi zu sausen, steht man auf dem Flur des EKZ eine halbe Stunde im Aerosol-Gedränge („Tagesspiegel“)

Zum Hexentanzplatz ist es verboten: Ab auf die Kanarischen Inseln! („Tagesspiegel“)

Die Koordinierungsgruppe **Bundesweite Montagsdemo** ruft bundesweit alle örtlichen Montagsdemos auf, den **Montag, 2. November 2020**, zum **Tag des**

Widerstands gegen das Austragen der Corona-Pandemie auf dem Rücken der Bevölkerung und zugunsten der Profite der Großkonzerne zu machen.

Wir laden alle Arbeiter(innen), Schüler(innen), Lehrer(innen), Ärzt(inn)e(n), Pflegekräfte, Geflüchtete, Solo-Selbständige, Künstler(innen) herzlich ein. Wir finden den bundesweiten Aktionstag geeignet, um den fortschrittlichen Widerstand gegen das gescheiterte Krisenmanagement der Regierung zu fördern und uns als Montagsdemobewegung eine Meinungsführerschaft zu erkämpfen.

In Bremen verfügt das Ordnungsamt wie am 1. Mai 2020 das Tragen von **Mund- und Nasenmaske** über den ganzen Zeitraum von **17:30 bis 18:30 Uhr** und einen **Abstand von zwei Metern** zwischen den Teilnehmenden. Für die Desinfektion des Mikrofons wird gesorgt. Schilder dürfen wieder nicht mitgebracht werden. Kommt zahlreich!

„Tafel“-Abspeisung funktioniert nicht mehr: Verdi-Chef Werneke fordert 150 Euro Lockdown-Zuschlag für Hartz-IV-Empfänger („*Focus*“)

Befristung reicht nicht: Arbeitsminister Heil will vereinfachten Zugang zu Hartz-IV-Leistungen in der Corona-Krise bis Ende kommenden Jahres fortführen („*Rheinische Post*“)

Antisemitismus-Problem gelöst: Britische Labour Party wirft ihren Ex-Vorsitzenden Jeremy Corbyn aus der Fraktion („*Politico*“)

US-Regierung vor dem Zusammenbruch: Mit Donald Trump auf Steroiden nimmt der amerikanische Wahlkampf eine Wendung ins Komische („*Spiegel*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

719. Bremer Montagsdemo

am 02. 11. 2020

Protest gegen die Regierung muss von links kommen



Das Krisenmanagement der Regierung ist völlig gescheitert: Die Pandemie entfaltet sich immer ungebremster. Die heute in Kraft tretenden neuen Beschlüsse sind ausschließlich im Interesse der Monopole und richten sich gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung. Dagegen ist Widerstand angesagt! Ausschließlich Freizeitaktivitäten, Gaststätten, Sport und Kultur werden getroffen, aber die Konzerne geschont: Hauptsache, der Schornstein raucht! So wird man der Pandemie nicht Herr werden.

Seit März sind acht Monate vergangen, in denen die Regierenden versäumten, das Gesundheitssystem auf Stand zu bringen, was bedeutet hätte, mindestens 100.000 bis 150.000 neue Pflegekräfte einzustellen. Nach wie vor wird viel zu wenig getestet, was aber das A und O in einer Pandemie ist. In Südkorea gibt es derzeit nur 100 Neuinfizierte pro Tag, gegenüber fast 20.000 in Deutschland. Gründe sind das konsequente, massenhafte Testen und die Übernahme aller Quarantäne-Ausfallkosten durch den Staat. Die Kehrseite in Südkorea ist ein weiterer Ausbau des absoluten Überwachungsstaates.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung in Deutschland für den neuen „Lockdown“ ist sehr gering, nicht vergleichbar mit der Stimmung im Frühjahr. Das lockt Coronaleugner, Verschwörungstheoretiker und Aluhutträger auf den Plan. Aber was die letztlich fordern, ist eine völlige Aufhebung wirksamer Gesundheitsschutzmaßnahmen. Da können sie Trump und Bolsonaro die Hand reichen, die ebenfalls alles öffnen wollen, weil sie alles den Profitinteressen der Monopole unterordnen. Diese Menschenverächter – bis hin zu offenen Faschisten wie Attila Hildmann – haben bei uns nichts verloren! Protest gegen die Regierung ist richtig, muss aber von links kommen.

Ich meine, wir sollten gemeinsam fordern: Flächendeckende und kostenlose Testung! Kostenlose Schutzmasken für die Bevölkerung! 100.000 Neueinstellungen in der Pflege! Halbierung der Schulklassen! Höhere Taktung von Bussen und Bahnen! Ausreichende und nachhaltige Hilfe für kleine Selbständige,

Künstler und Kleinunternehmer statt Lockdown des sozialen Lebens! Nur mit angemessenem Gesundheitsschutz darf gearbeitet werden, also langsamere Bandgeschwindigkeiten und zusätzliche Pausen, wenn Maske getragen werden muss! Reisen, Gastronomie, Sport, Veranstaltungen müssen bei entsprechendem Hygienekonzept erlaubt sein! Gesundheitsschutz ja – undemokratische Notstandsmaßnahmen nein!

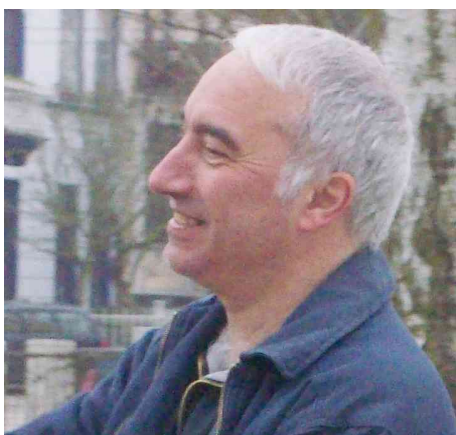
Die Pandemie und wie damit umgegangen wird, offenbart die Untauglichkeit des kapitalistischen Systems, und zwar weltweit. Was wir brauchen, ist eine Gesellschaft, in der weltweit gemeinsam die Gesundheit aller Menschen und der Erhalt der Natur im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit. Das wird in dieser Krise überdeutlich. Es ist höchste Zeit, mit antikommunistischen Vorurteilen fertig zu werden und einen neuen Anlauf für den Sozialismus zu nehmen!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Wir werden dieses Verbrechen beenden!“. Über 20.000 Menschen protestieren in Leipzig gegen den Corona-Lockdown („Spiegel“)

„Hört auf zu zählen, ich habe gewonnen!“. Fast jeder zweite US-amerikanische Wähler will Untertan eines faschistoiden Führers sein („Buzzfeed“)

Solidarität mit dem Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz!



An den IG-Metall-Vertrauenskörper bei Daimler Bremen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben erfahren, dass ihr den Kampf aufgenommen habt gegen den Plan des Konzernvorstands, Zehntausende von Arbeitsplätzen zu vernichten, das mörderische Arbeitstempo weiter zu erhöhen und Löhne zu senken. Dabei geht es einzig und allein darum, die Rendite massiv zu erhöhen und die Nase vorn zu haben im weltweiten Konkurrenzkampf der Edel-Limousinen.

Mit diesem Großangriff ist die Existenz von 60.000 Familien bei Daimler in Gefahr, auch die Existenz vieler Zulieferer, Handwerker und Händler! Mit Streikaktionen und zahlreichen Pausenversammlungen haben einzelne Belegschaften bereits eine offensive Antwort gegeben. Von Kolleg(inn)en der „Umweltgewerkschaft“, die im Bremer Werk arbeiten, wissen wir, dass auch bei euch der Wunsch nach einem konzernweiten Streik wächst. Nur gemeinsam sind wir stark!

Und wenn ihr kämpft, bekommt ihr die Unterstützung aus der Bremer Bevölkerung. Wir als „Umweltgewerkschaft“ werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Solidarität zu organisieren. In der Umweltbewegung gibt es teilweise die Meinung, es sei nicht richtig, den Kampf um jeden Arbeitsplatz zum Beispiel in der Autoindustrie zu unterstützen, denn Verbrenner-Autos sind umweltschädlich, und Individualverkehr gibt es sowieso schon viel zu viel. Natürlich ist das Festhalten der Großaktionäre am Verbrennungsmotor bis 2040 eine Katastrophe. Trotzdem ist das zu kurz gedacht!

Wer soll denn die abgasfreien Autos bauen, wenn nicht die Automobil-Beschäftigten? Die Reduzierung der Autoproduktion angesichts von 1,3 Milliarden Pkw weltweit ist richtig – aber nicht auf Kosten der Arbeiter(innen)! Sie kann mit radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich geschehen – und mit einer neuen Verteilung der Arbeitsplätze auf Industrien, die dringend gebraucht werden, um die drohende Umweltkatastrophe zu verhindern, also in Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Geothermie oder Recyclingwirtschaft.

Umweltbewegung und Arbeiterbewegung Hand in Hand, für Arbeitsplätze und Umweltschutz, für den Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, für die schnellstmögliche Umstellung des Verkehrs auf erneuerbare Energien, für eine gesellschaftliche Alternative ohne Ausbeutung von Mensch und Natur! Wir würden uns freuen, wenn sich Kolleginnen und Kollegen von Daimler an der **Kundgebung am Weltklima-Aktionstag** beteiligen, am **14. November 2020** um **11 Uhr** auf dem **Marktplatz**, natürlich mit Mundschutz und Abstand! Ihr könnt uns erreichen und kennenlernen über [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloudmail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de). Mit solidarischen Grüßen.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„You’re fired“: Wird sich Donald Trump in seinen letzten Amtswochen so lächerlich machen, dass es seinen Anhängern peinlich ist? („*The Guardian*“)

„Just like in post-war Germany“: „Give lower- and middle-income groups more hope again, then populism will decline again“ („*Spiegel*“)

Besonders gefährdet sind nicht nur die Alten: Bei ALG-II-Beziehenden ist das Covid-19-Risiko um das 1,8-Fache erhöht („*Freitag*“)

Staatlich verordnete Mangelernährung macht krank: Gesunde Ernährung kostet fünf Mal so viel wie nur in Bezug auf Kalorien angemessene („*The Guardian*“)

Staatsversagen ermöglicht Werbegag: Aldi Nord verteilt 1.000 Laptops an Schüler aus einkommensschwachen Haushalten („*Der Westen*“)

Meinungsführerschaft durch Regelüberschreitung: Der Preis der chaotischen Corona-Proteste ist eine Debatte über „notwendige Einschränkungen“ des Demonstrationsrechts („*Spiegel*“)

Keine Kritik, bitte: Im Öffentlich-Rechtlichen haben wir uns „entschieden, nur das Positive und Unterstützende zu betonen“ („*Nachdenkseiten*“)

Platz da für die Reichsuntertanen: Frankfurter Polizei richtet Wasserwerfer gegen gesundheitsbewusste Antifaschisten („*Rote Fahne News*“)

Blitzgesetz zur Einschränkung von Grundrechten: Wo bleibt die Ermächtigung zum Schutz der Arbeiter in Großbetrieben? („*Rote Fahne News*“)

Ausbeutung mit Gendersternchen: Klassenbewusstsein der Reichen erinnert Strategie, um Linke an sich selbst zugrunde gehen zu lassen („*Freitag*“)

„Armutspolitische Verweigerungshaltung“: Corona zerrt jahrelang verharmloste soziale Probleme ans Licht („*Süddeutsche Zeitung*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **7. Dezember 2020** um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Wir tragen Mund- und Nasenbedeckungen (mit und ohne Motiv) und halten die Abstandsregeln ein.

Planung für den Staatsstreich: Am 20. Januar 2021 lässt sich Donald Trump von MAGA-Massen erneut zum Präsidenten ausrufen, und „Wahlfälscher“ „Sleepy“ Joe Biden wird vom Militär verhaftet („*Daily Beast*“)

Auch das noch: Trump-Anwalt Giuliani schwitzt beim Lügen so doll, dass ihm die Haarfarbe über die Backen läuft („*The Guardian*“)

Erst lobt er sie, dann stoppt sie ihn: General-Services-Administratorin Emily Murphy bescheinigt Trump die Wahlniederlage („*Politico*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

720. Bremer Montagsdemo

am 07. 12. 2020

Eine Notstandsübung treibt leichtgläubige Menschen an die Seite der Coronaleugner

Die meisten werden es mitbekommen haben: Die „Querdenker“-Demo am Samstag wurde verboten. Wie in Leipzig und Berlin wollten Zehntausende Coronaleugner in Bremen demonstrieren. Es war ein Erfolg des großen demokratischen und antifaschistischen Widerstandes in Bremen, dass sowohl Senat, Verwaltungsgerichte als auch Bundesverfassungsgericht diese Demo verboten, die Gegendemonstrationen aber erlaubt haben.



Diese Selbstbezeichnung „Querdenker“ ist bewusste Irreführung – als ob es Menschen seien, die nicht stromlinienförmig sind und die ihren eigenen Kopf gebrauchen, vielleicht sogar rebellisch sind. Aber das trifft es nicht: „Querdenken“ kommt von „Querfront“, eine altbekannte Strategie und Taktik der Faschisten! 1920, nach dem gescheiterten Kapp-Putsch, entwickelten die Faschistischen Militärs diese Strategie. Der Kapp-Putsch war deshalb gescheitert, weil er ohne Massenbasis war und weil die Arbeiterbewegung, vor allem die junge kommunistische Bewegung, sich bewaffnet hatte und den Kapp-Putsch niederschlug.

100.000 Mann waren allein in der „Roten Ruhr-Armee“.

Der erste Schritt der Faschisten war dann, dass sie sich nicht „nationalistisch“ nannten, sondern „national-sozialistisch“. Ganz gezielt wurden zum Beispiel die Lieder der Arbeiterbewegung umgedichtet: Die bekannte Melodie blieb, ein neuer Text kam rein. Es wurde behauptet, es gebe „weder Rechts noch Links“ und auch keine Kapitalistenklasse, sondern „Gute“ und „Böse“. Die faschistische „Volksgemeinschaft“ wurde verkündet – dabei war der Faschismus nur das brutalste und blutigste aller kapitalistischen Herrschaftssysteme!

Zur Querfront gehört immer auch ein Sündenbock. Bei den Nazis waren es die Juden, das „raffende Kapital“, die „Zinswirtschaft“ und so weiter. Das taucht heute auch wieder auf: Die berechnete Ablehnung von Multimilliardären wie Bill

Gates wird benutzt, um die Leute zu täuschen. Die Querfrontler tun so, als ob sie gegen den Kapitalismus wären, dabei sind sie seine widerwärtigsten Schergen.

Angeblich geht es den „Querdenken“ um den Protest gegen die Corona-Maßnahmen von Regierung und Bundestag. So wird an berechtigten Kritikern angesetzt, wie dass demokratischen Rechte und Freiheiten außer Kraft gesetzt werden – aber auch das ist nur ein Täuschungsmanöver! Querfront-Politik ist faschistisch und beruht auf Verschwörungstheorien, deren Kern ebenfalls faschistisch ist. Deswegen bin ich der Meinung, dass „Querdenker“ hier auf der Montagsdemo auch kein Rederecht haben. Was sie verbreiten, ist im Kern Volksverhetzung.

Was wir brauchen, ist ein wirksamer Gesundheitsschutz für die „normalen“ Leute! Aber nach wie vor werden die Betriebe weitgehend ungeschoren gelassen. Dort arbeiten die Kollegen mit viel zu wenig Abstand, was schon in Bus und Bahn anfängt. Ausgangssperren, wie sie jetzt in Bayern wieder gelten, bis zum Verbot, nachts allein mit seinem Hund Gassi zu gehen, hat mit Gesundheitsschutz nichts zu tun und ist nur eine Notstandsübung. Daran sollen wir uns wohl gewöhnen. Und das treibt auch leichtgläubige Menschen an die Seite der Coronaleugner.

Jetzt gibt es wieder, mindestens bis zum 10. Januar 2021, einen „harten Lockdown“. Wir haben besprochen, dass es dann wohl nicht so sinnvoll ist, am 4. Januar eine Montagsdemo auf dem Marktplatz zu machen: Wenn alle Geschäfte geschlossen sind, die Kneipen sowieso, wird auf dem Marktplatz gähnende Leere sein. Deswegen unsere Überlegung: Lassen wir die Demo im Januar ausfallen, wie schon einmal im Frühjahr. Die nächste **Bremer Montagsdemo** wäre dann, unter hoffentlich etwas günstigerem Stern, am **1. Februar 2021**, wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Ich wünsche allen Mitstreitenden, Freunden und Freundinnen der Montagsdemo eine möglichst schöne Weihnachtszeit und vor allem Gesundheit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Der Corona-Impfstoff ist da: Aber die Massenimpfung
wird noch monatelang vertrödelte („*Spiegel*“)

Aminosäure Lysin tötet Viren: „80 Prozent der akut an Covid 19
Erkrankten zeigten eine wenigstens 70-prozentige Besserung ihrer
Symptome innerhalb der ersten 48 Stunden“ („*Research Gate*“)

Weihnachten fällt aus: Weil in Großbritannien eine Corona-Mutation außer
Kontrolle gerät, beginnt das Brexit-Chaos schon zehn Tage vor Jahresende
(„*Die Welt*“)

Keine Quengelware mehr an britischen Supermarktkassen: Solch ein Desaster
hätte die Lobby der Zuckerwarenindustrie in Brüssel zu verhindern gewusst
(„*The Guardian*“)

„Ich brauche noch 11.780 Stimmen mehr“: Donald Trump kämpft unermüdlich „gegen“ den ganz großen Wahlbetrug („*Washington Post*“)

Schluss mit der Meinungsmache im Hinterzimmer: Die Kanzlerin darf nicht mehr geheimhalten, welchen ausgewählten „Journalisten“ sie ihre coolen Extra-Infos zukommen lässt („*Tagesspiegel*“)

Trump von Twitter ausgesperrt: Fünf Tote beim Sturm der „Westen-Goten“ aufs Kapitol („*Daily Beast*“)

„Inside Job“: Während friedliche „Black-Lives-Matter“-Demonstranten sofort niedergeknüppelt wurden, duften sich weiße Rassisten stundenlang unbehelligt im Kapitol austoben („*Politico*“)

„Facebook“ löscht Fotobericht über Polizeigewalt: Trotz Corona-bedingter Absage kommen 5.000 Menschen zur Sozialismus-Demo nach Berlin („*Junge Welt*“)

„Wir verurteilen Diskriminierung“: RTL cancelt Trans-Künstlerin, die es „nicht hinnimmt“, „wenn Schwule in Kreuzberg von Arabern angegriffen werden“ („*Spiegel*“)

Auf nach Schwarzgrünien: CDU-Online-Parteitag wählt Armin Laschet zur neuen Vorsitzenden („*The Guardian*“)

Obdachlose und Hartz-IV-Beziehende zahlen selbst: Ein Jahr nach Corona-Ausbruch ruft Bayern die FFP2-Maskenpflicht aus („*Spiegel*“)

Späte Reue: Nach 17 Jahren wollen die Grünen die von ihnen miteingeführten Strafen für Arbeitslose abschaffen („*Spiegel*“)

Ein Paradies für Reiche ohne soziales Gewissen: Die ZDF-Dokumentation „Der Ast auf dem ich sitze – Ein Steuerparadies in der Schweiz“ ist ein ungewöhnlicher Beitrag, weil der Film für alle verständlich ist, nicht nur für „Zahlenkünstler“. Er zeigt sehr umfassend die Beintragtigungen der anderen Menschen. Wer diesen Film „verdaut“ hat, sieht sicher die Beiträge zur „Steuervermeidung“ auf unseren Seiten nachdenklicher – auch wegen der Untätigkeit! Zum Einstieg empfehle ich die Seite zur 188. Bremer Montagsdemo. Ich komme darauf zurück! (*Hans-Dieter Binder*, „so:leb“ e.V.)

„Die Diskussion wird weitergehen“: Mutti ahnt schon,
dass es nicht so bleiben kann („*Morgenpost*“)

Und dann ist die Pandemie vorbei: Hartz-IV-Beziehende bekommen Gutscheine für FFP2-Einwegmasken zum zehnmaligen Einkaufengehen („*RND*“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: Hans-Dieter Binder („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),
Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum/Datenschutz: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz